



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1985

Grafik des Monats: Steuerkraft der Gemeinden 1984

Aufsätze: Milchgarantiemengenregelung
Realsteuervergleich 1984

Kurzberichte: Einbürgerungen
Verarbeitendes Gewerbe
Straßenverkehrsunfälle

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Juli 1985		Januar bis Juli 1985	
Beschäftigte	1000	166	+ 0,6	165	+ 1,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	+ 10,9	16	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	545	+ 2,8	512	+ 4,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 988	+ 17,3	2 976	+ 3,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 400	+ 16,9	2 328	+ 2,9
Auslandsumsatz	Mill. DM	588	+ 18,9	648	+ 6,5
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 012	+ 17,8	1 741	+ 7,4
aus dem Inland	Mill. DM	1 573	+ 69,5	1 163	+ 3,7
aus dem Ausland	Mill. DM	439	- 43,7	578	+ 15,6
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1000	41	- 15,9	40	- 17,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 3,7	4	- 28,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	118	- 7,7	89	- 25,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	388	+ 6,5	246	- 19,1
Auftragseingang ³	Mill. DM	227	+ 7,8	196	- 12,2
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	761	- 20,6	752	- 31,3
Nichtwohnbau	1000 m ³ umbauter Raum	683	+ 63,8	415	+ 3,5
Einzelhandel					
		Juni 1985		Januar bis Juni 1985	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	105,6	- 2,4	104,7	- 0,4
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	131,2	- 3,0	96,3	- 1,3
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1000	367	- 0,2	209	+ 2,0
Übernachtungen	1000	2 184	- 0,4	1 023	+ 1,3
Arbeitsmarkt					
		Juli 1985		Januar bis Juli 1985	
Arbeitslose	Anzahl	111 963	+ 7,8	119 842	+ 8,2
Ausfuhr					
		Juni 1985		Januar bis Juni 1985	
Ausfuhr	Mill. DM	766,2	+ 10,2	818,7	+ 7,3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	732,0	+ 5,5	769,4	+ 1,6
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 078	+ 1,6	9 675	+ 3,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	43 125	+ 4,8	42 920	+ 5,4

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen,

ohne Campingplätze) 6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 10/1985

	Seite
Aktuelle Auslese	197
Aufsätze	
Die Milchviehhaltung nach der Einführung von Milchquoten	198
Realsteuervergleich 1984	202
Kurzberichte	
Einbürgerungen	207
Verarbeitendes Gewerbe im 1. Halbjahr 1985	209
Straßenverkehrsunfälle im 1. Halbjahr 1985	210
Grafik des Monats	204
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild B	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1985

Schleswig-Holstein im Jahre 1984

Heft 5/6-1985

Die Frau in Schleswig-Holstein,
gestern – heute – morgen

Heft 7/1985

Bewährungshilfe
Landwirtschaftliche Besitzverhältnisse
Ausfuhr 1984

Heft 8/1985

Vermögensteuer
Quo vadis Hochschulstatistik?
Studenten im SS 1985

Heft 9/1985

Bruttowertschöpfung in den Kreisen
Fremdenverkehr
Investitionen für Umweltschutz



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1985

Aktuelle Auslese



Gemeindesteuern im 1. Halbjahr 1985

In die Kassen der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Kreise flossen im 1. Halbjahr 1985 fast 745 Mill. DM. Das sind 23 Mill. DM oder 3,2 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Steuereinnahmen entwickelten sich nicht ganz so günstig wie im Jahresdurchschnitt 1984 (+ 4,1 %).

Gemeindesteuern	1. Halbjahr		Ver- änderung in %
	1984	1985 Mill. DM	
Grundsteuer A	15	15	- 1,3
Grundsteuer B	117	122	+ 4,0
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	377	384	+ 1,7
Sonstige Steuern	7	17	X
Steueraufkommen vor der Verteilung	517	538	+ 4,1
+ Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	231	239	+ 3,5
- Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	26	33	+ 25,6
= Steuereinnahmen nach der Verteilung	722	745	+ 3,2

Die eigentlichen Gemeindesteuern erbrachten ein Mehr von gut 21 Mill. DM oder 4,1 %. Daran waren die Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital (+ 1,7 %) und die Grundsteuer B (+ 4,0 %) beteiligt, während die Einnahmen aus der Grundsteuer A um 1,3 % zurückgingen. Der kräftige Anstieg bei den sonstigen Steuern ist zahlungstechnisch bedingt. Dort hat es im 1. Vierteljahr 1984 erhebliche Rückzahlungen gegeben, so daß der Zuwachs eine Sonderentwicklung darstellt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöhte sich um 8 Mill. DM oder 3,5 %. Da gleichzeitig aber die zu zahlende Gewerbesteuerumlage um 6,7 Mill. DM anstieg, verblieb per Saldo nur ein Plus von 1,5 Mill. DM. Dieses niedrige Plus ist zahlungstechnisch bedingt. Die Gemeinden leisten jeweils im 4. Vierteljahr eine Abschlagzahlung für die Gewerbesteuerumlage auf Basis des 3. Vierteljahres. Die Endabrechnung erfolgt im jewei-

ligen 1. Vierteljahr des nächsten Jahres. Im 1. Vierteljahr 1984 erhielten die Gemeinden Gewerbesteuerumlage zurück, weil die Vorauszahlung zu hoch war, und im 1. Vierteljahr 1985 mußten sie nachzahlen, weil die Vorauszahlung zu niedrig war.



Mehr Gäste und Übernachtungen im 1. Halbjahr 1985

Die schleswig-holsteinischen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten (einschließlich Jugendherbergen) verzeichneten nach zum Teil noch vorläufigen Ermittlungen im 1. Halbjahr 1985 insgesamt 1,3 Mill. Gäste und 6,1 Mill. Übernachtungen. Das sind 2 % mehr Gäste und 1 % mehr Übernachtungen als im 1. Halbjahr 1984.

In den Gemeindegruppen entwickelte sich der Fremdenverkehr unterschiedlich. Mehr Gäste und mehr Übernachtungen als im 1. Halbjahr 1984 verbuchten die Vermieter in den Großstädten (Gäste: + 4,4 %, Übernachtungen: + 3,8 %) und in den Ostseebädern (+ 2,4 %, + 1,1 %). Weniger Gäste, aber mehr Übernachtungen wurden in den Erholungsorten (- 1,3 %, + 8,2 %) und in den Heilbädern (- 0,3 %, + 1,9 %) registriert. In den Nordseebädern ging dagegen sowohl die Zahl der Gäste als auch die Zahl der Übernachtungen zurück (- 1,8 %, - 0,6 %). In den Luftkurorten hat sich das Gäste- und Übernachtungsaufkommen nur wenig verändert (+ 0,3 %, - 0,2 %).

Zu der insgesamt befriedigenden Halbjahresbilanz trug vor allem das gute Maiergebnis bei: Im Vergleich zum Mai des Vorjahres waren die Gäste- und die Übernachtungszahl um jeweils 8 % höher. Entscheidend hierfür dürfte das sommerliche Wetter zu Pfingsten gewesen sein. Auch mit dem Osterreiseverkehr können die Vermieter zufrieden sein. In den Monaten März und April zusammen war die Zahl der Übernachtungen zwar um 2 % geringer als 1984, man muß hierbei jedoch das ausgezeichnete Aprilergebnis im Vorjahr berücksichtigen. Im Juni, dem nach den Monaten Juli und August gewichtigsten Fremdenverkehrsmonat, lag die Zahl der Übernachtungen geringfügig unter dem Vorjahresergebnis.

Auch die Campingplätze verzeichneten im 1. Halbjahr 1985 eine positive Entwicklung: Gegenüber 1984 hatten sie jeweils 1 % mehr Gäste und Übernachtungen.

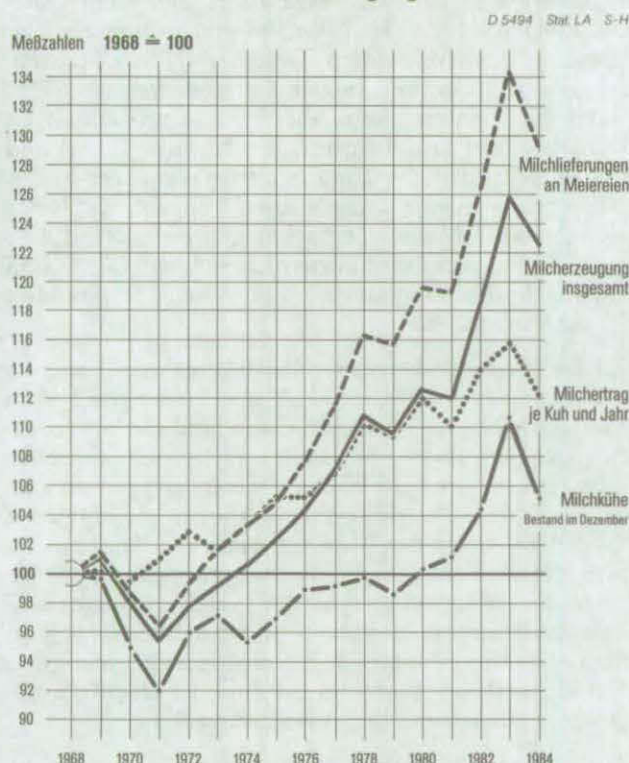
Die Milchviehhaltung nach der Einführung von Milchquoten

Durch starke Aufstockung der Milchkuhbestände in den futterbaulich ausgerichteten Regionen und durch allgemeine Steigerung des durchschnittlichen Milch-ertrages der Kühe traten in der Europäischen Gemein-schaft bereits Mitte der 60er Jahre erhebliche, in den beiden folgenden Jahrzehnten zunehmende Milchüberschüsse auf. Da der Verbrauch an Milch-produkten innerhalb der EG stagnierte und sich Milcherzeugnisse in Drittländern nur begrenzt ab-setzen lassen, vermehrten sich die Vorräte an den Interventionsprodukten Butter und Magermilchpulver derart stark, daß sie zeitweise Mengen von je einer Million Tonnen in den privaten und öffentlichen Lagern überstiegen. Die für die Stützung des Milchmarktes erforderlichen Geldmittel belasteten den EG-Haus-halt in zunehmendem Maße. Deshalb wurde bereits seit eineinhalb Jahrzehnten versucht, die Milchüber-schüsse zu begrenzen, zunächst durch EG-Struktur-programme zur Nichtvermarktung von Milch (Ge-währung von Abschlacht- und Umstellungsprämien) in den Jahren 1969 bis 1971, 1973 bis 1974 und 1977 bis 1981 sowie seit April 1984 durch eine Milch-garantiemengenregelung (Festlegung von Milchab-lieferungsquoten).

In Schleswig-Holstein war der Milchkuhbestand von 376 000 Tieren im Jahre 1947 um mehr als ein Drittel auf 519 000 Tiere im Jahre 1968 angestiegen. Er hatte in diesem Zeitraum nur vorübergehend infolge gravierender Seuchenausbrüche (Maul- und Klauen-seuche) oder umfangreicher Seuchensanierungen (Tuberkulose) stagniert. Aufgrund der dann folgenden Abschlachtaktionen nahmen – wie aus der Grafik ersichtlich – die Kuhbestände jeweils nur kurzfristig ab, sie stiegen jedoch mit dem Auslaufen der be-treffenden Strukturprogramme jeweils wieder erheb-lich an. Die Wirksamkeit der Maßnahmen auf den (vorübergehenden) Bestandsrückgang wurde dabei von der ersten bis zur dritten Nichtvermarktungs-aktion geringer.

Schließlich nahm die Zahl der Kühe allein in dem Zeit-raum 1979 bis 1983 mit steigender Rate um gut 12 % auf einen neuen Höchststand von 574 000 Tie-ren zu. Dafür waren neben der allgemeinen struktu-rellen Entwicklung zu größeren Beständen (Einkom-mensteigerung, technische Entwicklung) auch die günstigen Erzeugerpreise für Milch sowie vermutlich die Diskussion um eine Quotenregelung verantwortlich.

Milchkuhbestand und Milcherzeugung 1968 bis 1984



Züchtung, verbesserte Haltung und ein intensiver Kraftfuttereinsatz bewirkten, daß der durchschnittliche Jahresmilchertrag der Kühe erheblich gesteigert wurde, und zwar von 1949, als mit 3 185 kg wieder das Vorkriegsniveau erreicht worden war, bis 1983 um gut die Hälfte auf 4 928 kg. Im gleichen Zeitraum hat sich die gesamte Milcherzeugung mehr als verdoppelt und erreichte 1983 mit 2,75 Mill. t ihren bisher höchsten Wert. Aber noch stärker nahmen die Lieferungen an die Meiereien zu, d. h. der Eigen-verbrauch der Betriebe ging stetig zurück, indem in der Kälberaufzucht verstärkt Milchaustauschfutter verwendet wurde und sich die Zahl der Haushalts-mitglieder verringerte. Zugleich erhöhte sich der re-lative Anteil der Milchablieferung an der Milcher-zeugung auch dadurch, daß die Zahl der Milchvieh-haltungen ständig abnahm, die verbliebenen Bestände aber erheblich aufgestockt wurden. Allein von 1968 bis 1983 stieg die an Meiereien gelieferte Milch-menge von 1,99 auf 2,67 Mill. t an; der Anteil der Ablieferungen an der Milcherzeugung erhöhte sich dabei von 91 auf über 97 %.

Nachdem im April 1984 die Milchquotenregelung in Kraft getreten war, verminderte sich der Kuh-

bestand stark. Der Milchertrag je Kuh war rückläufig. Die Milcherzeugung und Milchlief erung an Meiereien sanken dadurch erheblich. Im folgenden sollen diese kurzfristig eingetretenen Veränderungen näher untersucht und der derzeitige Stand der Rinder- und Milchkuhhaltung dargestellt werden.

Milcherzeugung durch Quoten begrenzt

Nach der seit dem 2. April 1984 geltenden Milchgarantiemengenregelung wird den Milchviehhaltern der Milchpreis nur noch für eine Referenzmenge (Quote) garantiert und für darüber hinausgehende Übermengen eine derart hohe Abgabe erhoben, daß sich dadurch die Absatzkosten der EG für die zusätzlichen Milchmengen decken lassen. Der Bundesrepublik Deutschland wurde seitens der EG eine Referenzmenge zugesprochen, die den Meiereilieferungen im Jahre 1981 zuzüglich 1 % entsprach und somit um 6,7 % unter den Lieferungen von 1983 lag. Ab April 1985 ist die Referenzmenge um nochmals 1 % gekürzt worden.

Dem einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb wurde anhand seiner Meiereilieferungen in den Jahren 1981 und 1983 eine Hofquote nach folgenden Kriterien zugeteilt:

1. Auszugehen ist von der Milchablieferung 1983, auf die für alle Betriebe ein Basisabzug von 4 % vorgenommen wird, der sich für Kleinerzeuger auf 2 % ermäßigt.
2. Anhand der prozentualen Steigerung zwischen den Anlieferungsjahren 1981 und 1983 erfolgt ein Zusatzabzug um bis zu 5 %.
3. Bei Lieferungen über 160 000 Kg pro Jahr wurde ein nach der Ablieferungsmenge im Basisjahr 1983 gestaffelter zusätzlicher Abzug festgesetzt, der maximal 3,5 % erreicht.

Für den Milchkuhhalter liegt die Referenzmenge damit zwischen 2 % und im Höchstfall 12,5 % unter seinen Meiereilieferungen von 1983. Im Rahmen einer Härtefallregelung wurde Betrieben, die von Juli 1978 bis Februar 1984 erhebliche Mittel in den Bau von Kuhställen investiert, aber noch nicht die angestrebte Milchmenge erreicht hatten, zusätzliche Referenzmengen zugesprochen. Diese konnten überwiegend dadurch bereitgestellt werden, daß der Bund wiederum Referenzmengen von Betrieben aufkaufte, die

die Milchkuhhaltung aufgaben (Milchrentenregelung). Die ab 1985 erforderliche zusätzliche Produktionseinschränkung um 1 % und die Regelung weiterer Härtefälle sollen durch eine vergleichbare Prämien-gewährung für die freiwillige Produktionsaufgabe durch den Bund und die Länder aufgefangen werden.

Einen Anhaltspunkt für die strukturelle Entwicklung der Milchkuhhaltung in dem für die Quotenberechnung maßgebenden Zeitraum geben die unmittelbar vor den beiden Vergleichsjahren liegenden allgemeinen Dezemberviehzählungen 1980 und 1982. Da in den ungeraden Jahren repräsentative Viehzwischenzählungen durchgeführt werden und diese keine regional und strukturell gegliederten Ergebnisse liefern, lassen sich die Erhebungen der Jahre 1981 und 1983 nicht heranziehen.

Von den 18 173 Betrieben, die im Dezember 1980 noch Kühe hielten,

- gaben bis zum Dezember 1982 1 603 Betriebe die Milchkuhhaltung auf,
- verringerten 4 463 Betriebe ihren Milchkuhbestand,
- veränderten 2 491 Betriebe ihren Milchkuhbestand nicht,
- stockten 9 616 Betriebe ihren Milchkuhbestand auf und
- nahmen 435 Betriebe die Milchkuhhaltung neu auf (darunter häufig durch Übernahme kleinerer Betriebe).

Während sich somit die Zahl der Milchkuhhalter in den zwei Jahren um 1 168 auf 17 005 verringerte, nahm die Zahl der gehaltenen Milchkühe um insgesamt 21 217 Tiere zu. Dabei ging sie in den aufgegebenen Haltungen um 22 412 und in den abgestockten Beständen um 16 971 Tiere zurück, während sie sich in den Betrieben, die ihren Bestand aufstockten oder diesen Betriebszweig neu aufnahmen, um 60 600 Tiere erhöhte.

Wird nun eine annähernd gleiche Milchleistung in den aufgeführten Betriebsgruppen und eine vergleichbare Weiterentwicklung im Verlauf des Jahres 1983 unterstellt, so hatten rund 7 000 Betriebe mit etwa einem Drittel des Kuhbestandes zu erwarten, daß ihre Referenzmenge um 2 bis 4 % unter der Anlieferung des Jahres 1983 lag, und rund 10 000 Betriebe mit den übrigen beiden Dritteln des Kuhbestandes mußten damit rechnen, daß ihre Quote noch stärker – um maximal 12,5 % – gekürzt würde.

Bei annähernd der Hälfte der Haltungen, deren Bestand von 1980 bis 1982 zugenommen hatte, betrug

die Aufstockung ihrer Milchviehherden mehr als 15 %, so daß diese Gruppe mit einer Kürzung ihrer Lieferrechte um mindestens 9 % zu rechnen hatte. Da aber noch im Laufe des Jahres 1983 – wohl in Erwartung einer einschneidenden Milchmarktregelung – die bisher größte Aufstockungsrate (+ 6 %) erreicht wurde, dürfte sich die Gruppe mit mindestens 9 % Kürzung noch erheblich vergrößert haben.

Rückläufiger Milchkuhbestand

Unmittelbar nach Inkrafttreten der Milchgarantiemengenregelung reagierten die Milchkuhhalter in Schleswig-Holstein mit einem Abbau ihrer Bestände, wie die jeweiligen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr zeigen:

Erhebungstermin		Veränderung des Milchkuhbestandes gegenüber dem Vorjahr in %
Juni	1983	+ 4,8
Dezember	1983	+ 6,0
Juni	1984	– 0,1
Dezember	1984	– 5,0
Juni	1985	– 5,6

Da der Bestand vom Juni 1984 etwa dem vom Juni 1983 entsprach, wurde die Zahl der Kühe bereits im ersten Halbjahr 1984 wieder in dem Maße verringert, wie sie im zweiten Halbjahr 1984 noch zugenommen hatte. Im Dezember 1984 wurde nahezu der Bestand vom Dezember 1982 erreicht, aber der vom Dezember 1981 noch um 20 000 Tiere oder 4 % übertroffen. Im Juni 1985 näherte sich die Zahl der Milchkühe bereits der vom Juni 1981 bis auf 10 000 Tiere oder 2 %.

Mehr Kuh- und Färsenschlachtungen

Die Veränderungen im Milchkuhbestand spiegeln sich auch in der Entwicklung der gewerblichen Rinderschlachtungen wider. Im Zeitraum 1980 bis 1983 hatte die Jahreszahl der gewerblich geschlachteten Kühe inländischer Herkunft um 20 % auf 148 000 abgenommen. Sie stieg dann aber im folgenden Jahr 1984 sprunghaft um 27 % auf den neuen Höchststand von 188 000 an. Diese Zunahme um 39 000 Kuhschlachtungen übertraf den Rückgang des Milch-

kuhbestandes, der von Dezember 1983 bis Dezember 1984 29 000 Tiere ausmachte, um gut ein Drittel. Der Bestand an Kälbern veränderte sich jedoch von 1983 auf 1984 nur unwesentlich:

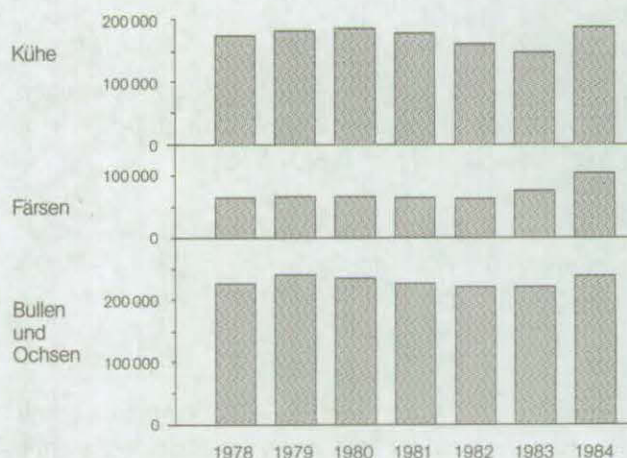
	Bestand an Kälbern im Juni im Dezember	
1983	318 000	262 000
1984	311 000	273 000

Wie in den Vorjahren dürften zu dem Zeitpunkt, als die Milchgarantiemengenregelung in Kraft trat, praktisch alle zuchttauglichen Färsen belegt, d. h. trächtig gewesen sein.

Doch stiegen auch die Schlachtungen von Färsen in Jahresfrist um gut ein Drittel auf 103 000 an. Es ist anzunehmen, daß es sich bei diesen Schlachtungen teilweise nicht um Schlachtfärsen (im engeren Sinne), sondern um erstmals abgekalbte Schlachtkühe gehandelt hat. Nach der 1983 geänderten Handelsklassenverordnung für Rindfleisch können Schlachtkörper sehr junger Kühe mit entsprechend geringem Verknöcherungsgrad noch als Färsenfleisch eingestuft werden. Wäre die Milchquotenregelung nicht eingeführt worden, hätte der Kuhbestand vermutlich um weitere 6 % auf über 600 000 zunehmen können.

D 5496 Stat. LA S-H

Gewerbliche Schlachtungen
von Rindern inländischer Herkunft



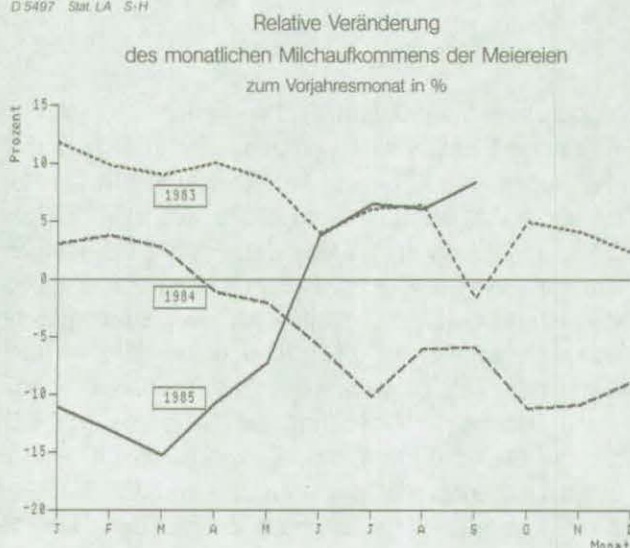
Im ersten Halbjahr 1985 sind die Schlachtungen von Kühen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 10 % wieder zurückgegangen, während die Färsenschlachtungen um 21 % nochmals zugenommen haben. Aufgrund der starken Kälberjahr-

gänge in den Vorjahren wachsen auch besonders viele weibliche Jungtiere heran. Diese sind nach den Zählungen von Dezember 1984 und Juni 1985 vermehrt zur Mast und zum Schlachten bestimmt, jedoch ist eine nahezu unverändert große Zahl zur Zucht und Nutzung vorgesehen. Es ist daher anzunehmen, daß man diese Färsen zunächst abkalben läßt, deren Milch im Herbst bei hohen Erzeugerpreisen kurze Zeit mitnutzt und sie dann einer verstärkten Selektion unterzieht. Auf diese Weise lassen sich die für die Rindermast benötigten Kälber auch bei einem geringeren Durchschnittskuhbestand erzeugen.

Milcherzeugung gedrosselt

Der Abbau des Milchkuhbestandes zog rasch auch eine rückläufige Milcherzeugung nach sich. Bereits in der zweiten Aprilhälfte 1984 unterschritten die Lieferungen an Meiereien die Mengen des Vorjahres. Die Grafik zeigt, daß sich der Abstand zum entsprechenden Vorjahresmonat zunehmend vergrößerte und mit -15 % im März 1985 seinen bisher stärksten Rückgang erreichte.

D 5497 Stat. LA S-H



Von April 1984 bis März 1985 wurden 2,59 Mill. t Milch erzeugt und davon 2,47 Mill. t an Meiereien geliefert. Somit war die Milcherzeugung in diesem Zeitraum (Milchwirtschaftsjahr) um 5,9 % und die Lieferung an Meiereien sogar um 7,6 % kleiner als im Kalenderjahr 1983. Jedoch wurden die Milchmengen des Jahres 1981 noch um 5,7 % (Erzeugung) bzw. 4,3 % (Lieferung an Meiereien) übertroffen. Im

gesamten Bundesgebiet wurde dagegen die von der EG zugeteilte Garantiemenge (Milchablieferung 1981 + 1 %) leicht unterschritten, da einzelne Betriebe ihre Bestände abbauten oder gar aufgaben, andere die ihnen in Härtefällen zugesagten höheren Quoten bis zum Ende des ersten Milchwirtschaftsjahres noch nicht voll ausschöpften. Dieser Unterschied zum Basisjahr 1981 zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem gesamten Bundesgebiet ergibt sich dadurch, daß das Bundesgebiet gegenüber der EG eine nationale Quote zu erfüllen hatte, jeder einzelne Halter jedoch eine Betriebsquote erhielt, die nach den einleitend erläuterten Kriterien bemessen wurde. Da nun die Betriebe, deren Meiereilieferungen von 1981 bis 1983 besonders stark zunahmen, ihre Anlieferungsmengen nur um maximal 12,5 % verringern mußten und der Anteil dieser Betriebsgruppe in Schleswig-Holstein vergleichsweise groß war, brauchte das Milchaufkommen des Landes nicht auf die für das gesamte Bundesgebiet geltende Basis abzunehmen. Das Milchaufkommen des Landes hätte im Milchwirtschaftsjahr 1984/1985 bei Ausschöpfung aller einzelbetrieblichen Quoten schätzungsweise 5 % über dem des Jahres 1981 liegen können.

Vergleicht man nun die Entwicklung des Milchaufkommens mit der des Kuhbestandes, wird deutlich, daß die Lieferungen an Meiereien nach Einführung der Milchquoten relativ stärker abgenommen haben, und zwar im Zeitablauf mit steigender Tendenz. Während der Weideperiode mit ihrem natürlichen Aufwuchs an wirtschaftseigenem Futter ließ sich die Milchproduktion nur begrenzt, im wesentlichen nur über den Abbau des Kuhbestandes reduzieren. Um im Milchwirtschaftsjahr, das am 31. März 1985 auslief, die betriebliche Quote nicht zu überschreiten, mußten die Betriebe ihre Milchlieferungen verstärkt in den Wintermonaten einschränken. Sie erreichten dies zum einen dadurch, daß erheblich weniger Kraftfutter eingesetzt wurde und damit der Jahresdurchschnittsertrag – von 4 928 kg im Jahr 1983 um 3 % auf 4 780 kg im Jahr 1984 – zurückging. Zum anderen wurden die Meiereilieferungen zugunsten eines höheren Eigenverbrauchs auf den Betrieben verringert. Der Anteil des Milchaufkommens der Meiereien an der gesamten Milcherzeugung nahm erstmals seit 1975 wieder ab, und zwar von 97,3 % im Jahre 1983 auf 96,2 % im Jahre 1984. Vor allem wurde in der Kälberaufzucht mehr Vollmilch eingesetzt, wobei sich die pro Kalb verfütterte Menge im Winterhalbjahr 1984/85 auf etwa das Doppelte vorhergehender Jahre erhöhte. Dagegen veränderte sich der Verbrauch in den Haushalten der Betriebe nur unwesentlich. Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung wird

in den landwirtschaftlichen Betrieben ohnehin schon mehr Milch verwendet. Somit läßt sich der Konsum nur über eine Eigenverarbeitung zu Milcherzeugnissen wie Butter und Käse steigern. Doch dies dürfte in der Regel an der schon hohen Arbeitsbelastung der Bauernfamilie scheitern. Auch die zulässige Ab-Hof-Abgabe kleiner Milchmengen ist nur geringfügig gesteigert worden.

Milcherzeugung und -verwendung 1983 und 1984

	1983	1984	Veränderung
	1 000 t		in %
Milcherzeugung insgesamt	2 747	2 674	- 3
davon			
geliefert an Meiereien	2 672	2 571	- 4
verfüttert	44	70	+ 60
Verbrauch in Haushalt und sonstige Verwendung	31	32	+ 3

Im zweiten Milchwirtschaftsjahr seit Einführung der Milchquoten unterschritt das monatliche Milchaufkommen der Meiereien zunächst noch den jeweiligen Vorjahresstand, übersteigt ihn aber seit dem Juni dieses Jahres wieder. Zum einen bewirkte ein feuchtkühler Sommer einen guten Weideaufwuchs. Andererseits dürften die erteilten Referenzmengen weitgehend ausgeschöpft werden. Ferner versuchen die Landwirte offenbar durch eine Mehrproduktion in der zweiten Jahreshälfte den Anstieg der Erzeugerpreise für Milch auszunutzen, der durch das saisonale Milchaufkommen bedingt ist (hoher Anfall im Frühjahr und ein stark rückläufiger im Spätsommer bis Herbst) und der zwischen April/Mai und Oktober/November 1984 immerhin 18 % ausmachte. Darauf deutet auch hin, daß in den Monaten Juni bis August sowohl die Kuh- als auch Färsenschlachtungen unter den Stand des Vorjahres gesunken sind.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Realsteuervergleich 1984

Realsteuerhebesätze

Nach Artikel 106 Abs. 6 Grundgesetz ist den Gemeinden das Recht einzuräumen, die Hebesätze der Realsteuern im Rahmen der Gesetze festzusetzen. Zu den Realsteuern zählen die Grundsteuer A (landwirtschaftliche Grundstücke) und B (nichtlandwirtschaftliche Grundstücke, also Wohn- und Betriebsgrundstücke) sowie die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Die Besteuerungsgrundlagen (Steuermeßbeträge) werden den Gemeinden von den Finanzämtern mitgeteilt. Die Ausgangswerte sind die Einheitswerte für Grundstücke sowie der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital. Die Gemeindevertretungen legen für jedes Haushaltsjahr die Hebesätze fest. Dabei müssen sie berücksichtigen, daß bestimmte Höchstgrenzen und Verhältnisse der drei Realsteuern zueinander eingehalten werden. Durch Multiplikation der Steuermeßbeträge mit dem jeweiligen Hebesatz ergibt sich die Steuereinnahme für die Gemeinde.

Im Jahre 1984 haben die schleswig-holsteinischen Gemeinden bei der Grundsteuer A im Durchschnitt einen Hebesatz von 223 % angewendet. Er streut

jedoch zwischen 0 und 500 %. In fünf Gemeinden wird keine Grundsteuer A erhoben, und in einer macht der Hebesatz 500 % aus. Am häufigsten tritt ein Hebesatz zwischen 201 und 225 % auf, nämlich bei 37 % der Gemeinden. Neun Zehntel der Gemeinden wählten einen solchen zwischen 176 und 250 %. Bei der Grundsteuer B beläuft sich der Landesdurchschnittshebesatz auf 272 %. Auch hier gibt es fünf Gemeinden, die diese Steuer nicht erheben. Drei von ihnen verzichten sowohl auf die Grundsteuer A als auf die Grundsteuer B. Der Schwerpunkt der Hebesatzanspannung liegt zwischen 226 und 250 % (37 % der Gemeinden), und fast neun Zehntel der Gemeinden befinden sich zwischen 176 und 250 %.

Mit 310 % ist der Durchschnittshebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital am höchsten. Fünf Gemeinden erheben diese Steuer nicht. Es sind kleine Gemeinden mit weniger als 150 Einwohnern. Bemerkenswert ist, daß drei Gemeinden auf die Realsteuern insgesamt verzichten. Es sind dies Grothusenkoog, Norderfriedrichskoog und Tümlauerkoog im Kreis Nordfriesland. Gut die Hälfte aller Gemeinden wendet einen Hebesatz zwischen 276 und 300 %

für die Gewerbesteuer an, und nur sechs wählten einen solchen von über 350 %. Der höchste Hebesatz tritt in Moordorf, Kreis Steinburg, mit 550 % auf. Dabei ist jedoch zu beachten, daß dort keine Grundsteuer B erhoben wird und der Hebesatz bei der Grundsteuer A 500 % ausmacht.

Die Hebesätze sind in den kreisfreien Städten (Grundsteuer A 228 %, B 363 %, Gewerbesteuer 350 %) im Durchschnitt höher als in den Kreisen (223 %, 243 %, 292 %). Bei der Grundsteuer A liegt jedoch der Kreis Ostholstein mit 248 % an der Spitze, während der niedrigste Durchschnittsbesatz im Kreis Segeberg mit 193 % auftritt. Bei der Grundsteuer B ist Kiel (375 %) Spitzenreiter, und Segeberg steht abermals am Ende der Skala (228 %). Gewerbeertrag und -kapital werden in Lübeck am höchsten besteuert (355 %) und in Steinburg am geringsten (282 %).

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, haben sich die Durchschnittsbesätze in den letzten Jahren kaum geändert.

Jahr	Durchschnittsbesätze in %		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital
1960	194	242	278
1970	199	247	284
1980	221	272	308
1983	220	270	309
1984	223	272	310

Die längerfristige Entwicklung ist bei den drei Steuerarten fast gleich verlaufen, so daß sich die Relationen zueinander nur unwesentlich verändert haben, obwohl es mehrere einschneidende Steuerrechtsänderungen gegeben hat. Es sei nur auf die Anwendung der neuen Einheitswerte ab 1974 und den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1980 hingewiesen.

Realsteueraufbringungskraft

Die Einnahmen aus den Realsteuern sagen nicht ohne weiteres etwas über die Wirtschaftskraft der Gemeinden aus, da sie unterschiedliche Hebesätze anwenden. Diese Vergleichsstörung wird ausgeschaltet, wenn man anstelle der örtlichen Hebesätze den Landesdurchschnittsbesatz verwendet. Das jeweilige Istaufkommen wird durch den tatsächlichen Hebesatz

dividiert und mit dem Landesdurchschnittsbesatz multipliziert. Das Ergebnis ist die sogenannte Realsteueraufbringungskraft. Die Berechnung soll für eine Gemeinde an folgendem Beispiel verdeutlicht werden:

	Ist-aufkommen DM	Tatsächlicher Hebesatz	Grundbetrag (Sp. 1 : Sp. 2) DM	Landes- durchschnitts- hebesatz	Aufbringungs- kraft DM
Grundsteuer A	2 945	221	1 333	223	2 973
Grundsteuer B	9 728	233	4 175	272	11 356
Gewerbesteuer	35 448	287	12 351	310	38 288
Insgesamt	48 121	X	17 859	X	52 617

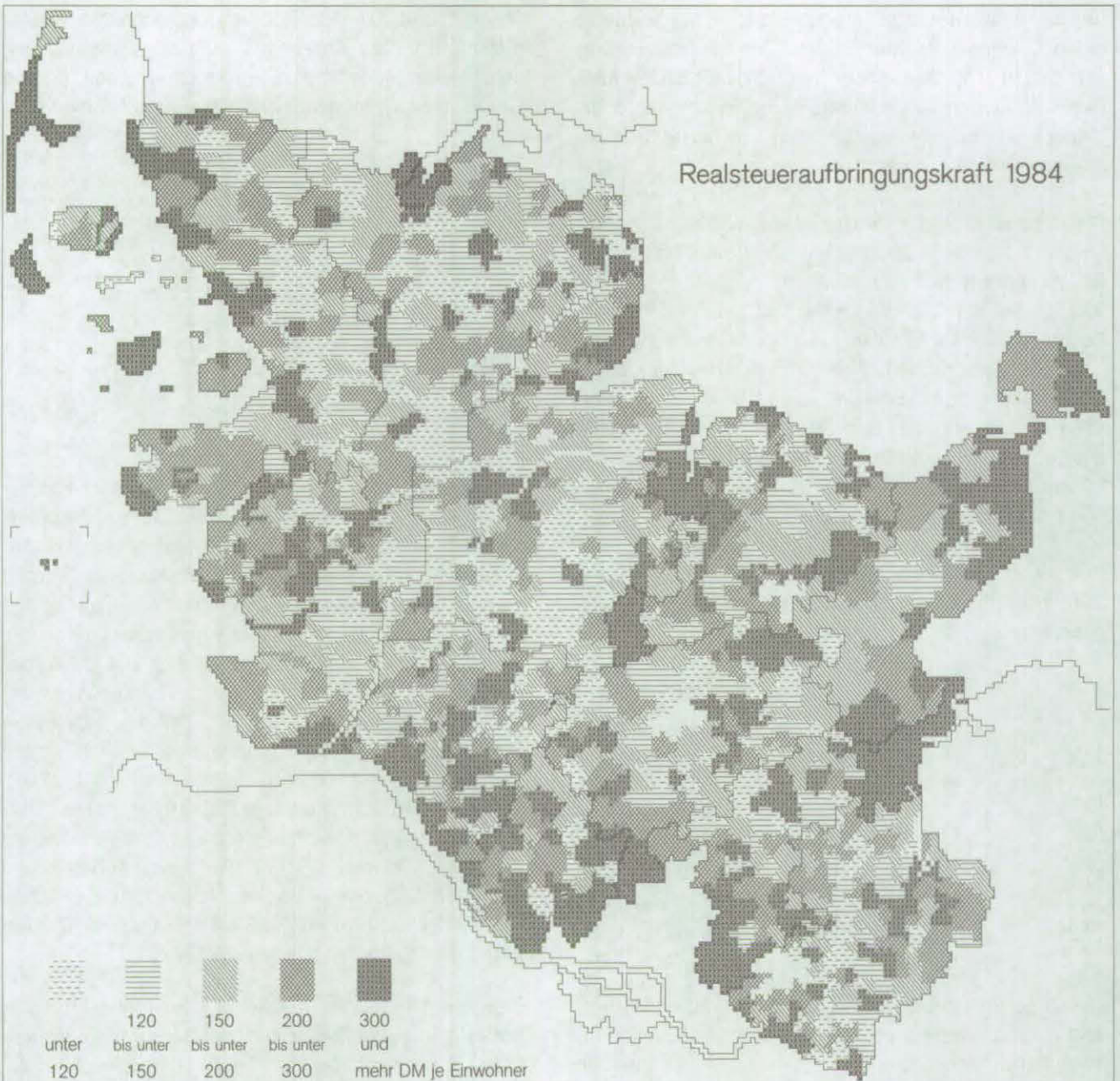
Die Realsteueraufbringungskraft ist in diesem Fall höher als das Istaufkommen, weil die Gemeinde unterdurchschnittliche Hebesätze anwendet. Sie hat ihre Wirtschaftskraft, aus welchen Gründen auch immer, nicht voll ausgeschöpft. Um unterschiedlich große Gebietskörperschaften besser vergleichen zu können, wird die Realsteueraufbringungskraft in DM je Einwohner ausgedrückt. Für das gesamte Land Schleswig-Holstein sind das 1984 gut 395 DM. Die kreisfreien Städte haben erwartungsgemäß eine deutlich höhere Wirtschaftskraft (466 DM) als die Kreise (373 DM). Den höchsten Betrag weist jedoch Steinburg (554 DM) auf. Die weiteren Spitzenplätze nehmen Flensburg (551 DM), Lübeck (468 DM), Pinneberg (465 DM) und Kiel (463 DM) ein. Am schwächsten sind die Kreise Rendsburg-Eckernförde (292 DM), Plön (257 DM) und Schleswig-Flensburg (239 DM).

Betrachtet man die Realsteueraufbringungskraft der kreisangehörigen Gemeinden nach Einwohnergrößenklassen, so stellt man fest, daß sie mit wachsender Einwohnerzahl steigt. Zwischen der Stadt Norderstedt (50 000 und mehr Einwohner), die 781 DM aufweist, und den Gemeinden unter 1 000 Einwohner (243 DM) besteht ein Abstand von 538 DM. Einen einsamen Spitzenplatz nimmt die Gemeinde Büttel (Kreis Steinburg) mit 41 378 DM ein. Dort leben 90 Einwohner, und das Gewerbesteueristaufkommen macht allein 2,4 Mill. DM aus.

Steuereinnahmekraft

Seit der Einführung der Gewerbesteuerumlage und der Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer

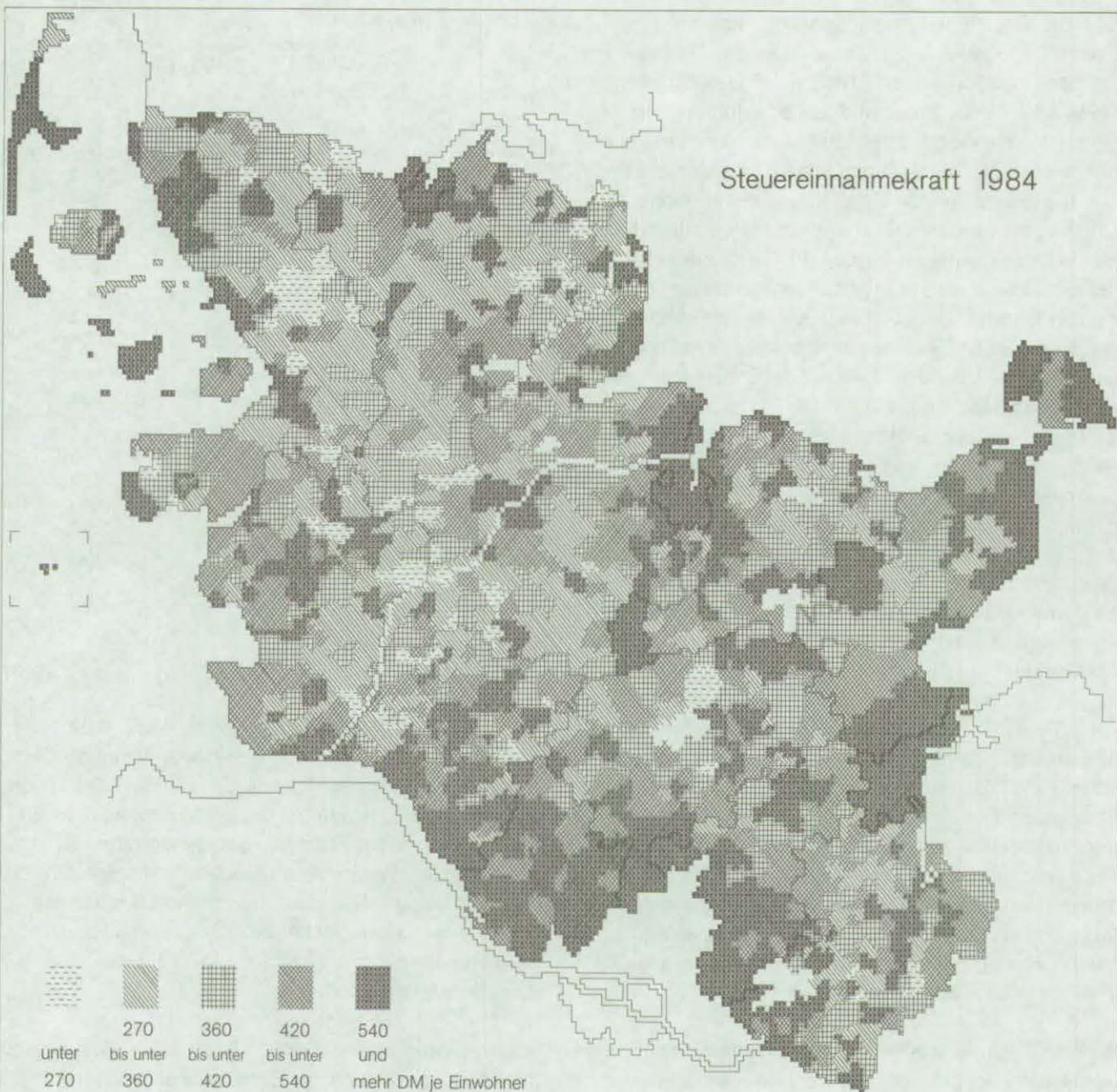
Realsteueraufbringungskraft 1984



Die Steuereinnahmen der Gemeinden können nicht ohne weiteres als Maßstab für ihre Steuerstärke verwendet werden, weil die Gemeinden unterschiedliche Hebesätze anwenden. Bei gleicher Besteuerungsgrundlage (Meßbeträge) können unterschiedliche Steuereinnahmen entstehen, da die Meßbeträge mit dem jeweiligen örtlichen Hebesatz multipliziert werden. Um diese Vergleichsstörungen auszuschalten, wird eine Größe berechnet, die als Realsteueraufbringungskraft bezeichnet wird. Sie ergibt sich, indem man die einzelnen Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital) durch den jeweiligen örtlichen Hebesatz dividiert, mit dem Landesdurchschnittsbesatz multipliziert und die errechneten Werte (Steuerkraftzahlen) addiert. Die Realsteueraufbringungskraft spiegelt in etwa die Wirtschaftskraft der Gemeinden wider. Sie wird in DM je Einwohner ausgedrückt.

Im obigen Bild wurde die Verteilung der Gemeinden so gewählt, daß in jeder der fünf Klassen fast gleich viele Gemeinden vorkommen. Je dunkler das Gebiet dargestellt ist, um so höher ist die Aufbringungskraft. Die beiden dunkelsten Stufen zeigen die durchschnittlichen und überdurchschnittlichen Werte. Sie treten vor allem in den an Hamburg angrenzenden Gemeinden sowie im Kreis Steinburg und in den vier kreisfreien Städten auf.

Steuereinnahmekraft 1984



Seit der Gemeindefinanzreform sagt die Realsteueraufbringungskraft allein nichts über die gemeindliche Steuerkraft aus. Vielmehr müssen die beiden Komponenten der Gemeindefinanzreform, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als Einnahme und die Gewerbesteuerumlage als Ausgabe, berücksichtigt werden. Der Saldo aus beiden und die Realsteueraufbringungskraft ergeben zusammen die sogenannte Steuereinnahmekraft. Sie wird in DM je Einwohner ausgedrückt.

Im Durchschnitt ist die Steuereinnahmekraft um fast acht Zehntel höher als die Realsteueraufbringungskraft. Um beide Karten miteinander vergleichen zu können, wurden die Klassen der Aufbringungskraft um diesen Wert erhöht und die neuen Klassen der Einnahmekraft gebildet. Wie die obige Karte zeigt, haben vor allem die Gemeinden mit niedriger Aufbringungskraft von der Gemeindefinanzreform profitiert. Es gibt nur noch wenige Gemeinden in der untersten Klasse, und insgesamt hat eine Nivellierung stattgefunden.

gibt die Realsteueraufbringungskraft keine Auskunft über die Steuerkraft der Gemeinden. Die Gemeinden müssen nämlich einen Teil ihrer Gewerbesteuer (1984: 17%) an Bund und Land abführen und erhalten dafür 15% des örtlichen Aufkommens der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer. Zur Berechnung der Steuerkraft müssen diese beiden Komponenten einbezogen werden. Die Realsteueraufbringungskraft minus Gewerbesteuerumlage plus Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergibt die sogenannte Steuereinnahmekraft. Sie wird wie die Realsteueraufbringungskraft in DM je Einwohner ausgedrückt. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, ist die Steuereinnahmekraft bedeutend höher (+ 313 DM oder + 79%) als die Realsteueraufbringungskraft. Der Saldo aus Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gewerbesteuerumlage bringt also für die Gemeinden ein deutliches Plus. Außerdem treten Verschiebungen in der Rangfolge der Kreise auf, und die Streuung um den Landesdurchschnitt ist geringer. Der Saldo bewirkt also gleichzeitig die erstrebte Annäherung von steuerstarken und -schwachen Kreisen, obwohl der Abstand immer noch recht groß ist.

Die höchste Steuereinnahmekraft weist Flensburg mit 872 DM auf, gefolgt von Pinneberg (867 DM), Stormarn (825 DM) und Steinburg (810 DM). Die kreisfreie Stadt Flensburg hat damit Steinburg, das bei der Realsteueraufbringungskraft vorne lag, vom ersten Platz verdrängt, und Stormarn ist neu in der Spitzengruppe. Am Ende der Skala bleibt Schleswig-Flensburg, und der Abstand zum Spitzenreiter hat sich sogar noch vergrößert. Dieser Kreis liegt um 219 DM unter dem Landesdurchschnitt.

In den Einwohnergrößenklassen der kreisangehörigen Gemeinden ergibt sich das von der Realsteueraufbringungskraft her bekannte Bild: Die Steuereinnahmekraft steigt mit wachsender Größenklasse. In den Gemeinden unter 1 000 Einwohner macht sie 469 DM

KREISFREIE STADT	Realsteuer- aufbringungskraft DM je Einwohner	Steuer- einnahmekraft DM je Einwohner
Kreis		
FLensburg	551	872
KIEL	463	804
LÜBECK	468	800
NEUMÜNSTER	375	708
Kreisfreie Städte	466	800
Dithmarschen	403	640
Hzgt. Lauenburg	321	644
Nordfriesland	323	562
Ostholstein	322	594
Pinneberg	465	867
Plön	257	569
Rendsburg-Eckernförde	292	586
Schleswig-Flensburg	239	489
Segeberg	458	789
Steinburg	554	810
Stormarn	453	825
Kreise	373	679
Schleswig-Holstein	395	708

aus und in der größten, in Norderstedt, 1 191 DM. Alle Gemeinden bis 10 000 Einwohner liegen als Ganzes gesehen unter dem Landesdurchschnitt. Die schon erwähnte Gemeinde Büttel fällt auch hier mit 36 361 DM deutlich aus dem Rahmen. Sie gehört aber zu den wenigen Gemeinden, deren Steuereinnahmekraft niedriger ist als die Realsteueraufbringungskraft. Wegen ihrer hohen Gewerbesteuererinnahmen muß sie mehr Gewerbesteuerumlage zahlen, als sie Gemeindeeinkommensteuer erhält.

In der Mitte dieser Zeitschrift sind die Realsteueraufbringungskraft und die Steuereinnahmekraft für jede Gemeinde grafisch dargestellt.

Walter Dahms

Weitere Angaben im Stat. Bericht LII7-j/84.

Kurzberichte

Einbürgerungen

Die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt man im allgemeinen durch die Geburt. Ein Ausländer oder ein Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit (deutscher Volkszugehöriger im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 Grundgesetz) werden unter bestimmten Voraussetzungen auf ihren Antrag hin eingebürgert. So schreiben es das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz und das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vor. Mit dem Empfang seiner Einbürgerungsurkunde wird der Antragsteller deutscher Staatsangehöriger.

Artikel 116

(Begriff „Deutscher“, Wiedereinbürgerung)

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Nach ihrer Art unterscheidet man Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen. Einen Anspruch auf Einbürgerung hat z. B., wer nach Artikel 116 Absatz 1 Grundgesetz Deutscher ist, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Er muß auf seinen Antrag eingebürgert werden, sofern er nicht die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik oder eines deutschen Landes gefährdet (Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit). Einen Anspruch auf Einbürgerung hat auch das uneheliche Kind eines Deutschen und einer Ausländerin.

Soweit ein solcher Anspruch nicht besteht, liegt es im pflichtgemäßen Ermessen der Einbürgerungsbehörde, jemandem die deutsche Staatsangehörigkeit zu verleihen, so z. B. einem Ausländer oder dem

ausländischen Ehegatten eines oder einer Deutschen. Der Antragsteller muß sich grundsätzlich mit dem erkennbaren Willen in der Bundesrepublik aufhalten, für dauernd hierzubleiben. Außerdem muß er geschäftsfähig sein und einen unbescholtenen Lebenswandel geführt haben. Zu diesen im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz genannten Voraussetzungen kommen weitere, die in bundeseinheitlichen Einbürgerungsrichtlinien festgelegt sind.

In Schleswig-Holstein entscheidet über Ermessenseinbürgerungen der Innenminister, über Anspruchs- einbürgerungen entscheiden die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister der kreisfreien Städte und die Landräte.

Von 1950 bis 1980 erfaßte in Schleswig-Holstein der Innenminister Einbürgerungen im Rahmen der Staatsangehörigkeitsstatistik. Seit 1981 führt das Statistische Landesamt diese Erhebung als selbständige Einbürgerungsstatistik fort.

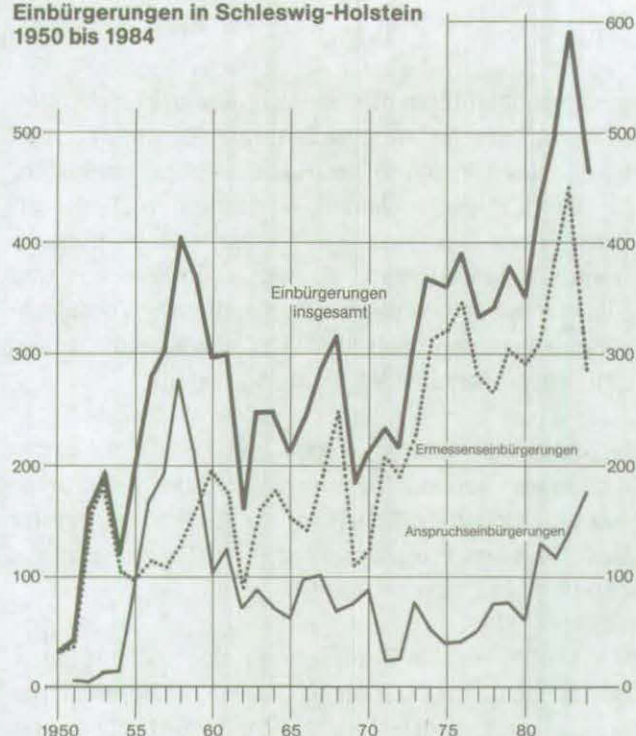
Die Einbürgerungsbehörden füllen für jede eingebürgerte Person nach Abschluß des Verfahrens ein Zählblatt aus. Daraus ergeben sich u. a. die Art der Einbürgerung, die bisherige Staatsangehörigkeit und der besondere Status (z. B. ehemaliger Deutscher, Vertriebener) des Eingebürgerten. Das Statistische Landesamt wertet die Zählblätter jährlich aus. Ausgewählte Ergebnisse werden bereits seit 1953 im Statistischen Jahrbuch Schleswig-Holstein veröffentlicht.

Die Statistik beruht auf Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern. Sie gibt Aufschluß darüber, wie viele Ausländer von der Möglichkeit Gebrauch machen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Sie zeigt an, wie stark dadurch der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung beeinflußt wird. Mit ihr läßt sich ferner beobachten, aus welchen Kulturkreisen die Eingebürgerten kommen und zu welchen Altersgruppen sie gehören.

1950 wurden in Schleswig-Holstein lediglich 32 Personen eingebürgert. Dies ist die bisher niedrigste Zahl. Es handelte sich ausschließlich um Ermessenseinbürgerungen. Am 31. Dezember 1950 ermittelte man 18 200 Ausländer einschließlich der Staatenlosen.

In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Einbürgerungen ständig zu. Ein erster deutlicher Anstieg

Einbürgerungen in Schleswig-Holstein 1950 bis 1984



war 1958 erreicht, als 405 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. 278 von ihnen hatten darauf einen Rechtsanspruch. Am 31. Dezember 1958 wurden 12 700 Ausländer gezählt.

1983 gab es die bisher größte Zahl der Einbürgerungen. 588 Antragsteller erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft, 448 davon im Ermessensweg. Die Zahl der Ausländer am 30. September 1983 belief sich auf 92 500 Personen.

Abgesehen vom Zeitraum 1955 bis 1959 war der Anteil der Ermessenseinbürgerungen an der Gesamtzahl stets größer als der der Anspruchseinbürgerungen. Das liegt daran, daß 1957 und 1958 besonders viele Aussiedler¹ in die Bundesrepublik kamen. War ihre Zahl 1950 mit 47 165 schon deutlich höher als in der unmittelbaren Folgezeit, stieg sie 1957 auf 107 690 und 1958 sogar auf 129 660. Später wurden solche Werte nicht annähernd erreicht. In den hohen Aussiedlerzahlen spiegelt sich die Heimkehr vieler Tausender Kriegsgefangener, Internierter und Zivilversleppter aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland wider. Der damalige Bundeskanzler Adenauer erreichte dies anlässlich seines Besuchs im September 1955 in Moskau.

1) Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die die Ostblockstaaten verlassen haben (vgl. § 1 Abs. 2 Nr. 3 Bundesvertriebenengesetz)

Zum Vergleich einige Daten für das Bundesgebiet²: Auch dort gab es 1950 mit 860 die bis heute wenigsten Einbürgerungen. 1958 bürgerten die Behörden insgesamt 33 073 Personen ein. Davon hatten 24 040 einen Anspruch darauf. Die meisten Einbürgerungs-urkunden wurden bisher 1983 ausgehändigt, nämlich 39 485. Dies ist auch das zeitlich letzte Bundesergebnis. 25 151 davon waren Anspruchseinbürgerungen. Da am 30. September 1983 4 534 900 Ausländer in der Bundesrepublik lebten, wurden also 0,9 % eingebürgert. In Schleswig-Holstein liegt dieser Anteil mit 0,6 % etwas niedriger. Während die meisten der im Bundesgebiet aufgrund eines Rechtsanspruchs Eingebürgerten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten kommen, stammen diejenigen, die von der Möglichkeit einer Ermessenseinbürgerung Gebrauch machen, im wesentlichen aus den früheren Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien oder der Türkei.

Einbürgerungen in Schleswig-Holstein nach ihrer Art und nach Alter und Geschlecht der Eingebürgerten

Jahr	Geschlecht	Ins- ge- samt	An- spruchs- einbürgerungen	Er- messens- einbürgerungen	Einbürgerungs- alter in Jahren		
					15 bis 14	65 bis 64	65 und mehr
1981	männlich	227	64	163	34	188	5
	weiblich	212	65	147	26	181	5
	Zusammen	439	129	310	60	369	10
1982	männlich	263	61	202	42	209	12
	weiblich	237	55	182	32	192	13
	Zusammen	500	116	384	74	401	25
1983	männlich	305	71	234	59	240	6
	weiblich	283	69	214	40	232	11
	Zusammen	588	140	448	99	472	17
1984	männlich	225	84	141	37	185	3
	weiblich	236	91	145	34	196	6
	Zusammen	461	175	286	71	381	9

1984 erhielten in Schleswig-Holstein 461 Personen, 225 Männer und Jungen sowie 236 Frauen und Mädchen, die deutsche Staatsangehörigkeit, 286

2) Fleischer H.: Ergebnisse der neuen Einbürgerungsstatistik 1981; Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1983, S. 531 ff. und ders.: Einbürgerungen 1982, Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1984, S. 95 ff.

Einbürgerungen in Schleswig-Holstein nach ihrer Art und nach der früheren Staatsangehörigkeit der Eingebürgerten

Frühere Staatsangehörigkeit	1981		1982		1983		1984	
	Anspruch	Ermessen	Anspruch	Ermessen	Anspruch	Ermessen	Anspruch	Ermessen
Europäische Staaten	117	166	100	227	130	272	160	142
darunter								
Polen	51	24	68	39	99	59	112	32
Rumänien	35	5	15	8	19	6	25	7
Österreich	1	14	—	28	—	31	—	22
Jugoslawien	2	9	2	23	—	37	—	21
Tschechoslowakei	5	13	1	26	3	12	2	6
Außereuropäische Staaten	—	84	2	108	—	109	1	122
Staatenlos	10	54	14	42	10	64	14	20
Ungeklärt und ohne Angabe	2	6	1	6	—	3	—	2
Insgesamt	129	310	117	383	140	448	175	286

durch Ermessensentscheidung. Mit 263 Personen waren die meisten der Eingebürgerten 18 bis unter 45 Jahre alt. 71 waren Kinder bis zu 14 Jahren. 65 Jahre und älter waren dagegen lediglich 9 Eingebürgerte.

302 Personen besaßen vor der Einbürgerung die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Wie seit Bestehen der eigenständigen Einbürgerungsstatistik sind auch 1984 unter den aus Europa stammenden Eingebürgerten am häufigsten solche mit einer früheren polnischen, rumänischen, österreichischen, jugoslawischen und tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit zu finden; 123 kamen aus außereuropäischen Staaten.

Klaus Richter

Verarbeitendes Gewerbe im ersten Halbjahr 1985

Im ersten Halbjahr 1985 hat sich die Beschäftigungssituation im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins geringfügig verbessert. Bereits seit Herbst 1984 ist im monatlichen Vorjahresvergleich ein kleiner Anstieg des Personalstandes zu beobachten; die Zuwachsraten halten sich aber in bescheidenen Grenzen (bis höchstens 1,6%). Im Durchschnitt der ersten sechs Monate erhöhte sich die Zahl der in den Betrieben tätigen Personen gegenüber dem gleichen Zeitraum 1984 um rund 2000 (1,2%) auf 164 600. Über dieser Veränderungsrate lag das Investitionsgütergewerbe mit einem Plus von 2,3%;

das Ernährungsgewerbe dagegen hatte ein Minus von 1,0%. Im Verbrauchsgüter- wie auch im Grundstoff- und Produktionsgütersektor kam es per Saldo kaum zu Veränderungen. Zu werten ist dieser geringe Gesamtzuwachs aber vor dem Hintergrund der längerfristigen Entwicklung: Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 1980 hatte das verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein immerhin noch 182 600 Personen einen Arbeitsplatz geboten.

Arbeiter und Angestellte hatten etwa gleich hohe prozentuale Zuwachsraten. Jedoch leisteten die Arbeiter 1,2% weniger Stunden als 1984. Löhne und Gehälter zusammen belasteten die Konten der Betriebe um 4,6% stärker als im Vorjahre.

Der Gesamtumsatz expandierte im ersten Halbjahr 1985 um nur 1,7% auf 17,8 Mrd. DM. Der Zuwachs wäre ohne die positive Entwicklung des Auslandsgeschäftes noch geringer. Die Auslandsumsätze erhöhten sich nämlich gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 um 4,9%. Die Binnennachfrage dagegen läßt mit einem Anstieg um nur 0,8% weiterhin zu wünschen übrig.

Die Erlössituation der Betriebe ist nicht einheitlich. Abschwächungstendenzen gehen zur Zeit vom Steine- und Erdensektor (— 17,5%) und bestimmten Zweigen des Ernährungsgewerbes (insgesamt — 2,5%) aus, während andere Branchen insbesondere im Investitionsgüterbereich (ohne Schiffbau + 7,5%), das Verbrauchsgütergewerbe (+ 8,1%) sowie die chemische Industrie (+ 9,0%) sich in einem beachtlichen Aufwärtstrend befinden. Im Schiffbau gibt es ein Umsatzminus gegenüber dem Vorjahr von 34%,

	Januar bis Juni		Ver- änderung in %
	1984	1985	
Beschäftigte	162 585 ^a	164 593 ^a	+ 1,2
darunter Arbeiter	111 784 ^a	113 181 ^a	+ 1,2
Arbeiterstunden (in 1 000)	96 694	95 518	- 1,2
Löhne und Gehälter (Mill. DM)	2 902	3 037	+ 4,6
Umsatz (Mill. DM)	17 554	17 845	+ 1,7
Inlandsumsatz (Mill. DM)	13 791	13 897	+ 0,8
Auslandsumsatz (Mill. DM)	3 763	3 947	+ 4,9
Auftragseingang (Mill. DM)	9 643	10 173	+ 5,5
aus dem Inland (Mill. DM)	6 926	6 569	- 5,2
aus dem Ausland (Mill. DM)	2 716	3 604	+ 32,7
Energieverbrauch (1 000 t SKE)	1 288	1 173	- 9,0

a) Monatsdurchschnitt

das aber auf besonders hohe Erlöse des Vorjahres zurückzuführen ist, und in diese ist in besonders hohem Maße auch die Schlußabrechnung periodenfremder Leistungen hineingegangen. Das Minus gibt die Erlössituation des Schiffbaus also verzerrt wieder. Das gesamte verarbeitende Gewerbe hätte – ohne den Schiffbau gerechnet – ein Umsatzplus von 3,9 %.

Auch beim Auftragseingang in ausgewählten Wirtschaftszweigen ist eine verstärkte Ordertätigkeit ausländischer Kunden festzustellen, so daß der Wert der gesamten Bestellungen um 5,5 % stieg. Hierbei nahm die Summe der von inländischen Kunden eingeholten Aufträge um 5,2 % ab und die der Bestellungen ausländischer Kunden um 33 % zu. Das gegenwärtige Bild der Auftragslage erscheint in einem günstigeren Licht, wenn man die durch einen zu Anfang des Jahres 1984 hereingenommenen Großauftrag aus dem Inland hervorgerufene Verzerrung ausschaltet. Ohne diesen Großauftrag errechnet sich insgesamt ein Plus von 12,7 % (Inland + 4,1 %, Ausland + 33 %).

Die schleswig-holsteinischen Betriebe verbrauchten in den Monaten Januar bis Juni 1985 um 9 % weniger Energie als im Vorjahr. An dieser Abnahme waren außer Strom alle Energieträger beteiligt. Die bei weitem größte absolute Verminderung trat beim Heizölverbrauch ein. Dieser Energieträger wird in erheblichem Umfang auch als Rohstoff für Produktionszwecke verwendet, insbesondere in der chemischen Industrie. Der nichtenergetische Verbrauch wird von der Statistik allerdings nicht gesondert erfaßt, so daß eine exakte Aussage über dessen Höhe nicht möglich ist.

Auf Bundesebene ergeben die Meldungen über die Beschäftigten im ersten Halbjahr mit einem Plus von nur 0,8 % binnen Jahresfrist eine geringere Zuwachsrate als im Land. Dagegen wuchs der Umsatz mit 8,9 % wesentlich stärker als in Schleswig-Holstein. Beim hohen Erlöszuwachs im Bund ist jedoch zu berücksichtigen, daß die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres durch den anhaltenden Streik besonders niedrig ausgefallen waren. Schleswig-Holstein war von der Arbeitsniederlegung nicht in dem Maße betroffen.

Klaus Scheithauer

Weitere Angaben in den Stat. Berichten E I 1 – m 1 bis 6/1985.

Straßenverkehrsunfälle im 1. Halbjahr 1985

Im 1. Halbjahr 1985 registrierte die Polizei in Schleswig-Holstein insgesamt 38 100 Unfälle. Davon hatten 30 800 Unfälle, gleich 81 % aller Unfälle, lediglich Sachschäden, 7 300 Unfälle auch Personenschäden zur Folge. Bei den Unfällen mit Personenschaden verunglückten insgesamt 9 400 Personen. 175 Personen wurden getötet, 2 300 Personen schwer und 6 900 Personen leicht verletzt.

Gegenüber dem 1. Halbjahr 1984 erhöhte sich die Gesamtzahl der Unfälle um 1 400 oder knapp 4 %. Allerdings hat nur die Zahl der Sachschadensunfälle zugenommen, und zwar um 2 300 oder 8 %. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ist dagegen um 900 oder 11 % zurückgegangen. Noch etwas stärker, nämlich um 12 %, verringerte sich die Zahl der Verunglückten. Neben der Anzahl hat also auch die

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte im 1. Halbjahr 1985

	Anzahl	Veränderung gegenüber 1. Halbjahr 1984	
		absolut	in %
Unfälle insgesamt	38 091	+ 1 381	+ 3,8
davon			
mit Sachschaden	30 829	+ 2 283	+ 8,0
mit Personenschaden	7 263	- 901	- 11,1
Verunglückte	9 441	- 1 296	- 12,1
davon			
Getötete	175	- 47	- 21,2
Schwerverletzte	2 320	- 464	- 16,7
Leichtverletzte	6 946	- 785	- 10,2

Schwere der Personenschadensunfälle – das ist die Zahl der Verunglückten je Unfall – abgenommen, wenngleich auch nur gering.

Besonders stark ging die Zahl der Verkehrstoten zurück. Sie war im 1. Halbjahr 1985 um rund ein Fünftel niedriger als im 1. Halbjahr 1984. Auch die Zahl der Schwerverletzten verringerte sich überdurchschnittlich stark (– 17 %). Die Zahl der Leichtverletzten nahm um 10 % ab. Dies bedeutet, daß auch die Schwere der Personenschäden – darunter versteht man die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten je zehn Leichtverletzte – zurückgegangen ist. Zwei besondere Umstände haben die Unfallentwicklung im 1. Halbjahr 1985 maßgeblich beeinflusst, einmal die Witterung in den Wintermonaten, zum anderen die Einführung eines Verwarnungsgeldes für „Gurtmuffel“ ab 1. August 1984, die die Gurtanlegequote in die Höhe schnellen ließ.

Die Winter 1983/84 und 1984/85 waren sehr verschieden. Während der Winter 1984/85 recht streng war und dazu noch lange dauerte, war sein Vorgänger verhältnismäßig mild. Bei Schnee und Eis auf den Straßen, wie im letzten Winter, fahren die Kraftfahrer im allgemeinen vorsichtiger als bei freien Straßen. Dadurch wurden die Unfallfolgen gemildert. Dies führt dazu, daß die Zahl der Unfälle mit Personenschaden sinkt, die Zahl der Unfälle mit Sachschaden dagegen ansteigt. Es liegt auf der Hand, daß durch die geringen Fahrgeschwindigkeiten auch die Schwere der Unfälle und der Personenschäden zurückgeht. Durch sehr schlechte Straßen- und Witterungsverhältnisse ändert sich jedoch nicht nur das Unfallgefüge, es steigt auch das Unfallrisiko. Dadurch nimmt die Zahl der Unfälle insgesamt zu. Wegen der niedrigen Fahrgeschwindigkeiten ereignen sich allerdings erheblich mehr Unfälle mit Sachschaden als mit Personenschaden. Dadurch wiederum nimmt die Zahl der Unfälle mit Sachschaden – absolut gesehen – stärker zu als die Zahl der Unfälle mit Personenschaden zurückgeht.

Die Änderung der Unfallstruktur im 1. Halbjahr 1985 ist durch die sehr hohe Gurtanlegequote noch verstärkt worden, denn eine höhere Gurtanlegequote hat tendenziell dieselbe Wirkung wie eine Verringerung der Fahrgeschwindigkeiten.

Deutlich höher als im Vorjahr war die Zahl der Unfälle (Sachschaden und Personenschaden zusammen) in den Monaten Februar (+ 14 %), März (+ 12 %) und April (+ 8 %). Weniger Unfälle ereigneten sich dagegen in den Monaten Mai (– 3 %) und Juni (– 4 %). Im Januar lag die Zahl der Unfälle nur geringfügig über

dem entsprechenden Vorjahresergebnis (+ 1 %). Im Unterschied zu den Sachschadensunfällen lag die Zahl der Unfälle mit Personenschaden in allen sechs Monaten des 1. Halbjahres 1985 unter den Zahlen von 1984. Besonders stark war dabei der Rückgang im Januar: Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl der Unfälle um gut ein Drittel niedriger.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf Unfälle mit Personenschaden. Bei einer Aufgliederung der Unfälle nach der Ortslage zeigt sich, daß sich im 1. Halbjahr 1985 innerorts ungefähr doppelt so viele Unfälle ereigneten wie außerorts. Die Unfälle waren auf der freien Strecke im Durchschnitt jedoch schwerer als im Innerortsverkehr. So entfielen außerorts auf 10 Leichtverletzte 4,5 Getötete und Schwerverletzte, innerorts dagegen nur 3,1 Getötete und Schwerverletzte. Die Unfallzahl war sowohl innerhalb als auch außerhalb von Ortschaften rückläufig, innerorts war der Rückgang allerdings nicht ganz so groß wie außerorts (10 % gegenüber 13 %).

**Verunglückte im 1. Halbjahr 1985
nach der Art der Verkehrsbeteiligung**

	Anzahl	Anteil in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Verunglückte insgesamt	9 441	100	– 12
darunter			
verunglückt			
mit dem			
Pkw	5 115	54	– 14
Motorrad	1 616	17	– 17
Fahrrad	1 507	16	– 0
als Fußgänger	899	10	– 12

Die meisten Personen verunglücken im Straßenverkehr als Fahrer oder Mitfahrer eines Pkw. So war es auch im 1. Halbjahr 1985. Insgesamt verunglückten 5 100 Personen mit dem Pkw. Das sind 14 % weniger als 1984. Damit ist die Zahl der mit einem Pkw verunglückten Personen überdurchschnittlich stark zurückgegangen. Noch stärker, nämlich um 17 %, nahm die Zahl der mit einem Kraftrad verunglückten Personen ab. Im 1. Halbjahr 1985 verunglückten insgesamt 1 600 Personen mit dem Kraftrad. Die Zahl der verunglückten Radfahrer ist mit 1 500 dagegen fast konstant geblieben. Relativ gesehen hat sich damit die Unfallbilanz der Radfahrer erheblich verschlechtert. Die Zahl der verunglückten Fußgänger belief sich von Januar bis Juni 1985 auf 900, das sind 12 % weniger als im 1. Halbjahr 1984.

Zu jedem Unfall, über den die Polizei eine Verkehrsunfallanzeige ausfüllt, werden auch die Unfallursachen aufgenommen. Man unterscheidet zwischen allgemeinen Ursachen wie Straßenglätte und Nebel, die nur dem Unfall, aber nicht einzelnen Beteiligten zugeordnet werden können, und personenbezogenen Ursachen wie zu schnelles Fahren oder Mißachtung der Vorfahrt. Bei dem Hauptverursacher eines Unfalls und einem weiteren Beteiligten können jeweils bis zu drei Unfallursachen angegeben werden.

Im 1. Halbjahr stellte die Polizei insgesamt 11800 Unfallursachen fest. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 8 % weniger. Daß die Zahl der Ursachen weniger stark als die Zahl der Unfälle zurückgegangen ist, hängt mit der ungünstigen Witterung zusammen. Sie ließ trotz einer geringeren Unfallzahl die allgemeinen Ursachen „Straßenverhältnisse“ und „Witterungseinflüsse“ ansteigen. 9500mal lag die Unfallursache in einem Fehlverhalten der Fahrzeugführer, das sind 80 % aller registrierten Unfallursachen. Etwa 10 % aller Unfallursachen entfielen auf die Ursache „Straßen- und Witterungseinflüsse“. Die Unfallursache „Falsches Verhalten der Fußgänger“ erreichte einen Anteil von 7 %. Technische Mängel der Fahrzeuge und Hindernisse auf der Fahrbahn spielten als Unfallursache wie immer keine große Rolle.

Die häufigste Einzelursache war die überhöhte Geschwindigkeit. Sie trat im 1. Halbjahr dieses Jahres 2700mal als Unfallursache auf. Das ist weniger oft als im Vorjahr (– 10 %), bedeutet aber nicht, daß die Unfall-Autofahrer 1985 langsamer als 1984 gefahren sind, denn die Zahl der Ursachen bei Fahrzeugführern ist insgesamt ebenfalls um 10 % zurückgegangen. Nach der Geschwindigkeit folgten als zweithäufigste Unfallursache Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren. Die Ursache „Mißachtung der Vorfahrt“ lag an dritter Stelle der Ursachenskala. Überdurchschnittlich stark ist die Ursache „Alkoholeinfluß“ zurückgegangen. Während die Polizei im 1. Halbjahr 1984 Alkohol rund 1000mal als Unfallursache feststellte, registrierte sie Alkohol im 1. Halbjahr 1985 weniger als 900mal als Unfallursache. Dies entspricht einem Rückgang von 15 %. Der Alkohol hat das Unfallgeschehen im 1. Halbjahr 1985 also weniger stark beeinflusst als im Jahr davor. Häufiger als im Vorjahr traten dagegen Fehler bei der Straßenbenutzung als Unfallursache auf. Dies hängt u. a. damit zusammen, daß zahlreiche Radfahrer bei getrennten Radwegen die falsche Straßenseite benutzt haben.

Karlheinz König

Weitere Angaben in den Stat. Berichten H I 1–m 1 bis 6/85.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1–5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Bildung und Kultur

Auszubildende 1983	3/38
Quo vadis Hochschulstatistik?	8/167
Studenten im SS 1985	8/179

Rechtspflege und öffentliche Sicherheit

Bewährungshilfe	7/142
-----------------------	-------

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Landwirtschaftliche Besitzverhältnisse	7/147
--	-------

Produzierendes Gewerbe

Investitionen 1982	1/16
--------------------------	------

Handel und Gastgewerbe

Außenhandel	2/22
Ausfuhr 1984	7/153
Fremdenverkehr	9/190

Öffentliche Finanzen

Gemeindeanteil Einkommensteuer	3/43
Vermögensteuer	8/158

Preise

Preisindizes der Lebenshaltung seit 1970	1/2
--	-----

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttowertschöpfung in den Kreisen	9/182
--	-------

Umweltschutz

Öffentliche Abfallbeseitigung 1982	2/30
Investitionen für Umweltschutz	9/193

Verschiedenes

Schleswig-Holstein im Jahre 1984	4/57
Die Frau in Schleswig-Holstein, gestern – heute – morgen	5/102



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1985

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

			1983	1984	1984			1985			
			Monats- durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000		2 618	2 615	2 615	2 616	2 616	2 614	2 614
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl		1 237	1 254	2 015	1 416	1 911	2 472	1 494
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			5,7	5,8	9,4	6,4	8,6	11,1	7,0
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl		1 956	1 913	1 985	2 058	2 031	1 938	1 957
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			9,0	8,8	9,2	9,3	9,1	8,7	9,1
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl		2 585	2 565	2 540	2 585	2 389	2 729	2 407
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			11,9	11,8	11,8	11,6	10,8	12,3	11,2
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl		19	18	8	17	19	22	12
* je 1 000 Lebendgeborene			9,7	9,4	4,0	8,3	9,4	11,4	6,1
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl		- 629	- 652	- 555	- 527	- 358	- 791	- 450
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr			- 2,9	- 3,0	- 2,6	- 2,4	- 1,6	- 3,6	- 2,1
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl		5 436	5 582	5 243	7 150	6 260	4 726	4 925
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl		4 937	5 164	5 651	5 811	5 841	3 714	4 404
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl		+ 499	+ 418	- 408	+ 1 339	+ 419	+ 1 012	+ 521
*Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl		10 095	10 213	10 300	11 226	11 525	8 577	8 678
Wanderungsfälle	Anzahl		20 468	20 958	21 194	24 187	23 626	17 017	18 007
je 1 000 Einw. und 1 Jahr			140	143	146	159	158	115	124
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose	1 000		107	109	102	104	103	111	106	112	111
darunter *Männer	1 000		62	64	59	59	58	66	62	64	62
Kurzarbeiter	1 000		17,1	13,7	8,4	4,1	4,2	10,6	6,5	4,1	2,6
darunter Männer	1 000		14,2	12,0	7,0	3,4	3,8	9,1	5,4	3,2	2,1
Offene Stellen	1 000		2,5	2,7	3,0	2,8	2,9	3,3	3,1	3,1	2,8
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000		1 616 ^a	1 627 ^a	1 666	.	.	.	1 652	.	.
darunter *Milchkühe					
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000		574 ^a	545 ^a	537	.	.	.	507	.	.
*Schweine	1 000		1 733 ^a	1 767 ^a	.	.	1 876	.	.	.	1 840
darunter *Zuchtsauen	1 000		190 ^a	191 ^a	.	.	189	.	.	.	194
darunter *trächtig	1 000		128 ^a	130 ^a	.	.	127	.	.	.	131
SCHLACHTUNGEN ⁵⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.		38	45	30	36	46	45	28	34	39
*Kälber	1 000 St.		1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.		238	240	229	229	253	233	211	228	221
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.		4 ^b	4 ^c	2	2	2	2	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN ⁶⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ⁵⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t		29,8	31,7	26,7	28,6	33,7	32,3	25,2	28,3	29,4
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t		10,5	12,4	8,2	9,9	13,3	12,6	7,8	9,4	11,2
*Kälber	1 000 t		0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t		19,0	19,1	18,2	18,3	20,1	19,1	17,0	18,4	17,7
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ⁵⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg		284	281	274	276	291	281	279	279	289
Kälber	kg		106	108	108	109	111	115	123	113	121
Schweine	kg		81	81	80	80	80	83	81	81	81
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾		1 000	164	152	151	69	215	200	109	99	131
*für Legehennenküken		1 000	1 033	850	1 201	1 110	1 089	8	3	-	-
*für Masthühnerküken											
*Geflügelfleisch ⁸⁾	1 000 kg		817	832	713	888	926	40	29	32	106
*MILCHERZEUGUNG											
darunter *an Melkereien und Händler geliefert	%		97	96	99	98	96	p 98	p 98	p 98	p 96
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg		13,5	13,1	14,3	12,5	10,9	p 15,6	p 15,3	p 13,6	p 11,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 7) in Betrieben mit

einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 8) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von

2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1983/84 = 6 c) Winterhalbjahr 1984/85 = 5

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
			Monats- durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	165	164	165	167	165	165	166	168
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	113	113	114	115	113	114	115	116
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 254	16 139	15 593	13 861	16 620	16 100	15 583	15 375	15 183
*Lohnsumme	Mill. DM	301,7	306,1	302,1	324,1	322,2	320,0	315,8	333,5	329,0
*Gehaltssumme	Mill. DM	202,7	207,1	212,5	205,7	199,5	215,2	228,3	211,2	208,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 559	1 647	1 545	1 708	1 550	1 803	1 718	2 012	1 482
aus dem Inland	Mill. DM	1 071	1 143	1 075	928	1 123	1 019	1 186	1 573	1 004
aus dem Ausland	Mill. DM	488	503	470	780	427	784	532	439	478
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 849	3 020	3 014	2 549	3 324	3 155	3 036	2 988	2 888
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 319	2 346	2 378	2 054	2 284	2 423	2 363	2 400	2 219
*Auslandsumsatz	Mill. DM	529	674	636	495	1 040	732	672	588	669
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	19	15	20	23
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m³	40,2	39,5	38,6	31,9	32,1
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m³
*Erd- und Erdöl-gas	Mill. m³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	66	80	73	74	72
*Leichtes Heizöl	1 000 t	8	9	6	6	6
*Schweres Heizöl	1 000 t	57	70	68	68	66
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	222	236	230	214	233	248	237	238	222
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	24	20	23	24	23	20	25	24
*Index der industriellen Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	92,4	101,8	105,2	80,5	94,5	103,0	109,0
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	49 160	47 249	48 607	48 448	48 995	39 866	40 465	40 734	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 473	5 156	5 760	5 033	6 481	4 603	4 577	4 846	...
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 346	2 155	2 473	1 922	2 642	1 682	1 690	1 731	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 176	1 119	1 207	1 124	1 315	952	923	973	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 765	1 749	1 920	1 846	2 341	1 864	1 839	2 041	...
*Lohnsumme	Mill. DM	112,1	108,4	115,5	108,0	129,3	96,1	91,4	100,0	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,2	19,7	20,7	19,5	19,3	17,4	18,1	17,8	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	376,1	364,1	393,5	364,4	423,6	291,6	342,1	388,0	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	247,6	209,2	240,4	210,5	202,5	231,3	233,0	227,0	...
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 998	8 083	7 928	7 984	8 350	7 437	7 440	7 539	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	940	970	920	908	1 073	889	842	929	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,1	20,1	20,8	20,5	21,4	18,6	18,7	20,3	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	56,0	59,2	54,6	52,0	61,4	49,3	49,8	56,4	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	959	1 842	1 697	1 393	1 466	1 026	1 510
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	816	861	746	702	771	800	753
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m³
HANDWERK										
				2.VJ.84			2.VJ.85			
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,3	101,8	100,8	.	.	.	96,4	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	134,0	135,0	132,8	.	.	.	127,2	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1985 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985				
				Monats- durchschnitt	Jun1	Juli	Aug.	Mai	Jun1	Juli	Aug.
BAUTATIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	661	503	695	527	543	537	555	564	463	
darunter mit											
*1 Wohnung	Anzahl	483	385	562	407	417	442	471	480	401	
*2 Wohnungen	Anzahl	107	73	76	83	84	67	55	60	46	
*Rauminhalt	1 000 m³	687	458	587	447	435	405	435	396	314	
*Wohnfläche	1 000 m²	120	83	106	81	77	72	78	72	58	
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	171	122	142	131	142	137	129	152	138	
*Rauminhalt	1 000 m³	599	408	574	417	462	383	472	683	438	
*Nutzfläche	1 000 m²	103	71	101	72	79	65	80	110	73	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 570	1 075	1 339	1 036	992	938	949	917	648	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	678,8	840,1	695,0	829,4	816,9	879,1	766,2	1 015,2	...	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	115,4	129,6	129,3	104,8	134,3	148,7	129,6	126,5	...	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	563,4	710,5	565,7	724,6	682,7	730,4	636,6	888,7	...	
davon											
*Rohstoffe	Mill. DM	12,8	18,4	18,4	15,4	17,0	16,8	16,1	19,0	...	
*Halbwaren	Mill. DM	57,4	71,0	65,2	49,4	87,3	84,0	61,7	74,4	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	493,2	621,1	482,1	659,8	578,4	629,6	558,8	795,3	...	
davon											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	64,3	85,4	98,5	71,4	82,2	119,4	91,2	92,6	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	428,8	535,7	383,6	588,4	496,2	510,2	467,7	702,8	...	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EG-Länder	Mill. DM	295,1	346,5	342,7	259,6	324,9	396,8	364,6	436,6	...	
darunter Dänemark	Mill. DM	57,3	73,6	76,0	63,7	79,1	76,9	78,0	65,4	...	
Niederlande	Mill. DM	64,2	70,8	60,4	39,6	67,9	98,4	76,0	115,8	...	
Frankreich	Mill. DM	55,2	62,6	68,6	49,1	52,7	68,4	64,9	90,4	...	
Italien	Mill. DM	29,7	40,0	40,5	36,3	24,4	53,2	49,2	59,0	...	
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	108,9	109,8	108,2	111,5	112,4	112,1	106,1	118,4	...	
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	107,7	106,9	135,3	149,7	157,6	122,3	129,4	149,1	...	
FREMDENVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
*Ankünfte	1 000	238	236	367	421	424	p 330	p 367	p 456	...	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	23	33	51	39	p 28	p 35	p 64	...	
*Übernachtungen	1 000	1 377	1 361	2 193	3 333	3 310	p 1 578	p 2 184	p 3 198	...	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	42	59	81	66	p 53	p 63	p 102	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT ¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 175	1 205	1 029	1 336	1 219	
Güterversand	1 000 t	603	669	631	515	664	
BINNENSCHIFFFAHRT											
*Güterempfang	1 000 t	138	140	122	142	138	129	131	123	138	
*Güterversand	1 000 t	148	153	140	130	202	163	133	146	187	
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE											
darunter Kraftträger	Anzahl	9 382	8 855	7 507	6 285	7 105	9 890	8 915	
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	432	342	414	299	217	524	343	
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	8 253	7 894	6 382	5 483	6 335	8 719	7 840	
*Lastkraftwagen	Anzahl	400	384	397	287	341	369	405	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl										
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 533	1 472	1 772	1 558	2 058	1 620	1 676	p 1 795	p 1 660	
*Getötete Personen	Anzahl	43	37	46	30	44	38	39	p 37	p 39	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 966	1 876	2 309	2 023	2 591	2 091	2 147	p 2 313	p 2 131	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
		Monats- durchschnitt	1)	Juní	Juli	Aug.	Mai	Juní	Juli	Aug.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN ²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	65 433	68 298	67 089	66 981	67 297	68 669	69 186	68 932	69 093
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	63 597	66 472	65 419	65 342	65 660	66 965	67 459	67 203	67 388
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 907	9 729	10 211	9 770	9 675	9 847	10 306	9 781	9 698
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 190	9 466	9 924	9 494	9 372	9 663	10 078	9 623	9 538
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	717	264	287	276	303	184	228	169	160
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 348	6 961	7 280	7 306	7 352	6 331	6 277	6 227	6 213
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 529	5 190	5 423	5 376	5 409	4 850	4 804	4 816	4 734
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 819	1 770	1 856	1 930	1 943	1 480	1 473	1 455	1 480
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 341	49 782	47 928	48 266	48 634	50 787	50 876	51 195	51 476
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	34 816	37 401	35 724	35 979	36 266	38 225	38 321	38 577	38 805
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 525	12 381	12 204	12 287	12 368	12 562	12 555	12 618	12 671
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	40 378	42 502	40 241	40 558	40 987	42 882	43 001	43 514	43 765
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	24 711	26 271	24 856	25 277	25 640	26 769	26 885	27 473	27 613
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 366	19 983	18 646	19 030	19 271	20 321	20 525	21 078	21 066
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 345	6 288	6 210	6 247	6 369	6 448	6 360	6 395	6 547
*Spareinlagen	Mill. DM	15 667	16 231	15 385	15 281	15 347	16 113	16 117	16 041	16 152
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	11 457	12 174	11 568	11 563	11 619	12 293	12 325	12 310	12 363
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	990	748	982	842	801	781	1 132	990
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	896	946	785	1 090	807	933	777	1 223	879
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	54	64	60	38	81	54	87	59	82
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,2	-	1	-	1	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	337	352	339	315	375	330	345
*Wechselsumme	Mill. DM	2,4	2,5	2,5	1,8	1,8	2,7	4,6
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt	2.Vj.84				2.Vj.85		
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 248,0	2 311,3	2 098,5	.	.	.	2 129,1	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 567,9	1 644,7	1 461,4	.	.	.	1 528,3	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 161,8	1 210,6	1 088,8	.	.	.	1 121,4	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	237,0	231,4	213,3	.	.	.	184,1	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,9	22,1	20,9	.	.	.	27,6	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	151,2	180,6	138,5	.	.	.	195,1	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	680,0	666,5	637,1	.	.	.	600,8	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	442,1	396,2	365,2	.	.	.	297,0	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	238,0	270,3	271,9	.	.	.	303,8	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	131,0	130,8	113,1	.	.	.	130,6	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,1	0,0	- 0,0	.	.	.	- 0,1	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,5	118,4	102,2	.	.	.	116,1	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	164,2	164,7	173,8	.	.	.	168,2	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	30,9	27,6	28,0	.	.	.	23,2	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	73,8	71,9	82,0	.	.	.	83,9	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	5,5	6,2	6,1	.	.	.	6,3	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	261,0	267,5	277,4	.	.	.	275,3	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,3	7,5	7,5	.	.	.	7,5	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	57,3	61,0	57,5	.	.	.	59,2	.	.
*Gewerbesteuer				
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	181,8	189,8	199,5	.	.	.	198,9	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 202,7	1 211,5	1 096,6	.	.	.	1 125,1	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	601,3	628,8	551,4	.	.	.	585,5	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	452,2	436,6	417,3	.	.	.	393,5	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	18,2	15,3	14,7	.	.	.	15,4	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 293,4	1 347,9	1 228,6	.	.	.	1 252,0	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	735,3	776,5	692,2	.	.	.	725,2	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	375,7	391,4	347,9	.	.	.	343,3	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	18,2	15,3	14,7	.	.	.	15,4	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	455,2	473,7	480,7	.	.	.	486,5	.	.
*Gewerbesteuer				
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	145,4	159,3	170,0	.	.	.	168,1	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	230,6	236,7	232,8	.	.	.	242,0	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1983	1984	1984			1985			
	Monats- durchschnitt	Junf	Jul	Aug.	Mai	Junf	Jul	Aug.	
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT 1980 = 100									
Einfuhrpreise	115,8	122,8	122,1	122,5	123,2	127,7	126,4	124,5	...
Ausfuhrpreise	112,3	116,2	116,0	116,2	116,5	120,2	120,1	120,0	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	115,2	121,2	120,9	121,3	121,5	124,3	123,4	122,3	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	115,8	119,2	119,0	119,3	119,3	122,1	122,0	122,1	121,9
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	108,2	106,9	111,2	108,7	106,7	r 103,4	p 104,0	p 103,7	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	111,2	114,0	.	.	114,4	114,2	.	.	114,8
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	113,8	116,1	116,7	116,3	115,4	116,3	115,5	115,1	...
Einzelhandelspreise	113,2	115,6	116,1	115,7	115,3	118,1	117,9	117,6	117,0
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	115,6	118,4	118,6	118,4	118,2	121,2	121,3	121,1	120,7
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	114,3	116,0	117,1	116,7	115,7	118,1	117,8	117,2	116,0
Bekleidung, Schuhe	113,0	115,7	115,5	115,5	115,7	118,1	118,1	118,1	118,3
Wohnungsmieten	115,6	120,0	119,8	119,9	120,4	123,6	123,8	124,1	124,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	124,5	128,8	127,9	127,7	127,7	132,2	131,0	131,5	131,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	113,7	115,9	115,9	116,0	116,1	117,6	117,7	117,8	118,0
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	671	686	.	707	.	.	.	706	.
darunter *Facharbeiter	697	713	.	740	.	.	.	737	.
*weibliche Arbeiter	454	467	.	474	.	.	.	485	.
darunter *Hilfsarbeiter	435	446	.	455	.	.	.	467	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	16,34	16,69	.	16,88	.	.	.	17,15	.
darunter *Facharbeiter	17,07	17,45	.	17,67	.	.	.	17,95	.
*weibliche Arbeiter	11,43	11,72	.	11,81	.	.	.	12,25	.
darunter *Hilfsarbeiter	10,97	11,23	.	11,33	.	.	.	11,80	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,9	41,0	.	41,8	.	.	.	41,2	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,6	39,8	.	40,1	.	.	.	39,6	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 848	3 981	.	3 993	.	.	.	4 127	.
*weiblich	2 650	2 749	.	2 757	.	.	.	2 841	.
Technische Angestellte									
*männlich	3 995	4 114	.	4 147	.	.	.	4 292	.
*weiblich	2 602	2 692	.	2 705	.	.	.	2 777	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 185	3 265	.	3 263	.	.	.	3 381	.
*weiblich	2 125	2 217	.	2 208	.	.	.	2 298	.
Technische Angestellte									
männlich	3 179	3 255	.	3 298	.	.	.	3 424	.
weiblich	(1 914)	(2 178)	.	(2 183)	.	.	.	2 178	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 392	3 492	.	3 492	.	.	.	3 617	.
weiblich	2 270	2 363	.	2 356	.	.	.	2 449	.
Technische Angestellte									
männlich	3 925	4 042	.	4 077	.	.	.	4 217	.
weiblich	2 520	2 654	.	2 667	.	.	.	2 729	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Wohnungswesen					Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
Jahr	zum Bau genehmigte Woh- nungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins- gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins- gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungs- bau in %						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	von Auslands- gästen
Mill. DM								in 1 000				
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 960	281	17 648	546
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	.	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	.	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498

Kfz-Bestand am 1. 7.					Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegs- opfer- fürsorge
Jahr	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12. in Mill. DM	ins- gesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	
in 1 000													
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7	
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^a	54,7	
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	99,6 ^a	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	...	64,8	

Steuern ⁶⁾								Fundierte Schulden				
Jahr	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver- brauch- steuern	Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
Mill. DM												
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 610	2 028
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252

Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter						
Jahr	Erzeugerpreise ⁸⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerb- licher Produkte	landwirt- schaft- licher Produkte	für Wohn- gebäude	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
DM												
1980	100	100	100	100	100	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	107,8	106,0	105,9	106,3	104,8	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1.10 bis 30.9.); ab 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahre, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen; ab 1984: Ausländer einschließlich DDR
3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 5. 1985			Bevölkerungsveränderung im Mai 1985			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1985 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 960	- 0,1	+ 0,2	- 44	- 36	- 80	38	1	43
KIEL	245 373	+ 0,0	- 0,8	- 114	138	24	166	2	190
LOBECK	210 891	- 0,1	+ 1,3	- 130	- 1	- 131	150	-	201
NEUMONSTER	78 516	- 0,1	- 0,9	- 7	- 82	- 89	52	1	65
Dithmarschen	129 816	- 0,1	- 0,5	- 69	- 4	- 73	86	2	117
Hzgt. Lauenburg	157 754	+ 0,0	- 0,0	- 43	72	29	85	4	97
Nordfriesland	162 261	+ 0,1	+ 0,2	- 27	256	229	126	2	160
Ostholstein	195 570	+ 0,1	+ 0,3	- 75	322	247	182	4	233
Pinneberg	259 571	- 0,0	- 0,1	- 47	37	- 10	139	1	174
Plön	118 469	- 0,0	+ 0,4	- 34	-	- 34	84	3	109
Rendsburg-Eckernförde	247 339	- 0,0	+ 0,1	- 53	- 31	- 84	154	6	200
Schleswig-Flensburg	182 879	+ 0,1	+ 0,2	- 21	171	150	104	2	145
Segeberg	215 054	- 0,0	+ 0,3	- 24	20	- 4	139	4	175
Steinburg	127 614	- 0,0	- 0,0	- 47	36	- 11	73	5	94
Stormarn	195 594	+ 0,0	+ 0,7	- 56	114	58	90	2	128
Schleswig-Holstein	2 613 661	+ 0,0	- 0,1	- 791	1 012	221	1 668	39	2 131

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1985	
	Betriebe am 31. 8. 1985	Beschäftigte am 31. 8. 1985	Umsatz ⁴⁾ im August 1985 Mill. DM	insgesamt	PKW ⁵⁾
FLensburg	70	8 839	228	34 636	30 952
KIEL	133	24 058	311	97 565	87 479
LOBECK	138	21 746	269	83 730	75 096
NEUMONSTER	72	9 938	104	35 454	31 496
Dithmarschen	74	6 796	345	68 366	64 971
Hzgt. Lauenburg	92	7 633	80	77 489	66 889
Nordfriesland	54	3 176	70	80 847	65 414
Ostholstein	78	6 019	102	89 121	76 318
Pinneberg	184	20 285	290	126 399	110 214
Plön	47	2 569	33	58 255	49 058
Rendsburg-Eckernförde	122	10 310	130	122 863	102 913
Schleswig-Flensburg	87	5 160	110	94 646	76 914
Segeberg	168	15 350	260	117 700	101 220
Steinburg	81	9 116	181	64 068	52 366
Stormarn	145	16 373	376	97 570	85 777
Schleswig-Holstein	1 545	167 568	2 888	1 248 709	1 067 077

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 5. 1985 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1985			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 7. 1985	Kurzarbeiter Monatsmitte Juli 1985	offene Stellen am 31. 7. 1985	Schweine insgesamt am 3. 4. 1985	Rindvieh am 3. 6. 1985	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
Schleswig-Holstein	2 613,1	+ 4,8	- 0,1	112	4,1	3,1	1 746	1 652	507
Hamburg	1 588,5	- 11,4	- 1,1	90	5,1	3,7	8	14	3
Niedersachsen	7 207,2	+ 1,8	- 0,5	336	13,7	11,6	7 398	3 503	1 106
Bremen	663,9	- 8,1	- 1,6	41	2,8	1,6	8	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 690,6	- 1,3	- 0,7	742	19,0	23,5	6 201	2 093	610
Hessen	5 530,9	+ 2,8	- 0,5	161	5,5	12,9	1 242	894	278
Rheinland-Pfalz	3 620,2	- 0,7	- 0,3	119	4,4	5,2	673	649	222
Baden-Württemberg	9 243,4	+ 3,9	+ 0,0	200	26,7	25,9	2 326	1 824	665
Bayern	10 955,0	+ 4,5	- 0,1	290	23,4	24,4	4 313	5 235	2 026
Saarland	1 049,4	- 6,3	- 0,2	54	1,6	1,8	48	72	23
Berlin (West)	1 847,2	- 13,0	- 0,3	77	1,3	5,7	3	1	0
Bundesgebiet	61 009,4	+ 0,6	- 0,4	2 221	107,5	119,4	23 965	15 959	5 445

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Mai 1985	
	Beschäftigte am 30. 6. 1985	Umsatz ²⁾ im Juni 1985		Beschäftigte am 31. 5. 1985	zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %		Anzahl	je 10 000 Einwohner	
							in 1 000
Schleswig-Holstein	165	3 035	22	40	15	938	3,6
Hamburg	139	7 616	13	22	14	329	2,1
Niedersachsen	630	12 473	34	111	15	2 049	2,8
Bremen	74	1 718	35	11	16	123	1,9
Nordrhein-Westfalen	1 942	34 180	30	228	14	4 203	2,5
Hessen	610	9 248	30	87	16	2 442	4,4
Rheinland-Pfalz	362	6 843	38	64	18	1 817	5,0
Baden-Württemberg	1 385	20 600	32	177	19	4 379	4,7
Bayern	1 297	18 842	33	228	21	6 241	5,7
Saarland	139	2 220	32	17	16	324	3,1
Berlin (West)	162	4 023	14	32	17	377	2,0
Bundesgebiet	6 907	120 797	30	1 016	17	23 222	3,8

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 1. 1985			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1985				Bestand an Spar- einlagen 7) am 30. 6. 1985 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									im 1. Vierteljahr 1985
in 1 000							in DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein	1 228	1 049	401	1 676	39	2 147	130	6 167	530	490	99	
Hamburg	652	586	368	990	10	1 226	125	9 535	771	3 066	423	
Niedersachsen	3 458	2 931	406	3 845	89	4 955	131	7 867	525	452	130	
Bremen	274	246	370	450	2	524	117	9 030	643	1 684	299	
Nordrhein-Westfalen	7 670	6 839	409	7 565	140	9 714	130	8 791	583	885	180	
Hessen	2 814	2 438	440	3 060	69	3 930	131	9 394	645	870	195	
Rheinland-Pfalz	1 889	1 586	438	1 962	50	2 584	134	8 842	542	569	212	
Baden-Württemberg	4 709	3 992	432	4 842	146	6 389	135	9 638	646	799	186	
Bayern	5 631	4 589	419	6 109	175	8 082	135	9 730	585	692	165	
Saarland	506	451	429	539	9	695	131	8 390	509	596	125	
Berlin (West)	706	621	336	1 335	16	1 612	122	8 298	532	1 240	197	
Bundesgebiet	29 638 ^a	25 378 ^a	415	32 378	745	41 858	132	8 924	590	821	179	

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn

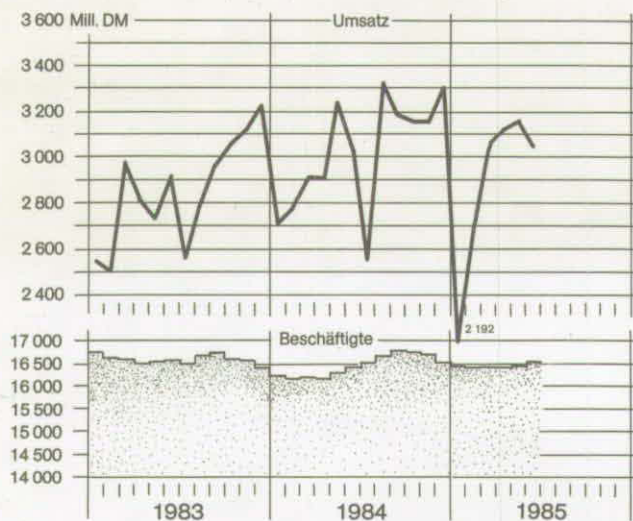
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

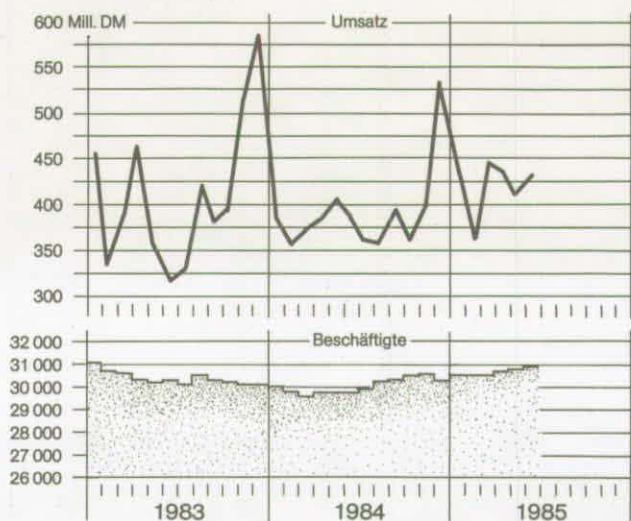
Entwicklung im Bild · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungsbewegung); Arbeiterverdienste; Arbeitslose; Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Steuereinnahmen

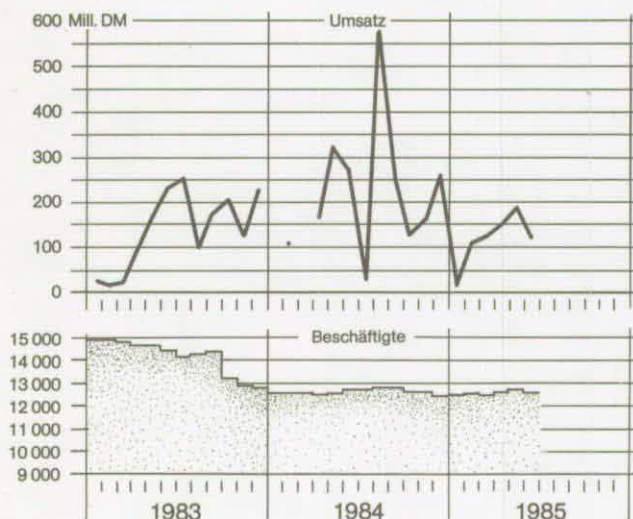
Verarbeitendes Gewerbe*



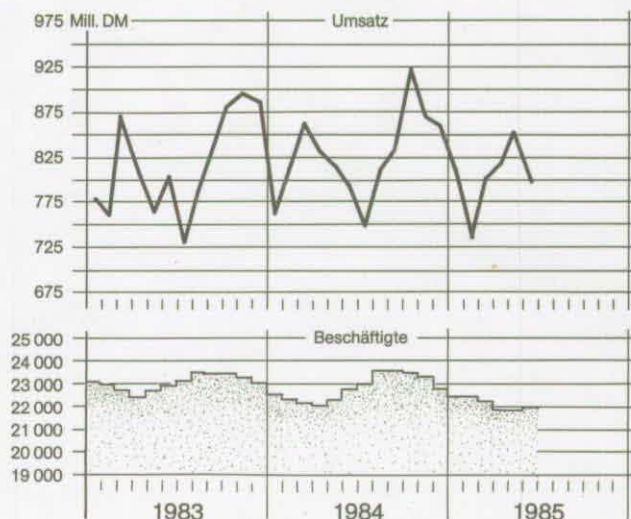
darunter Maschinenbau*



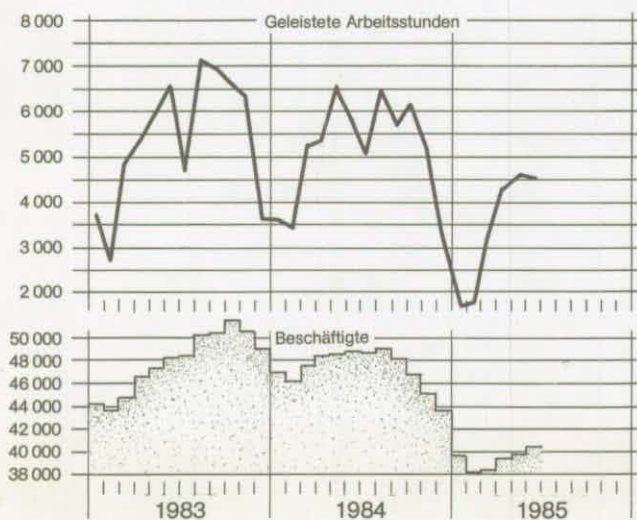
darunter Schiffbau*



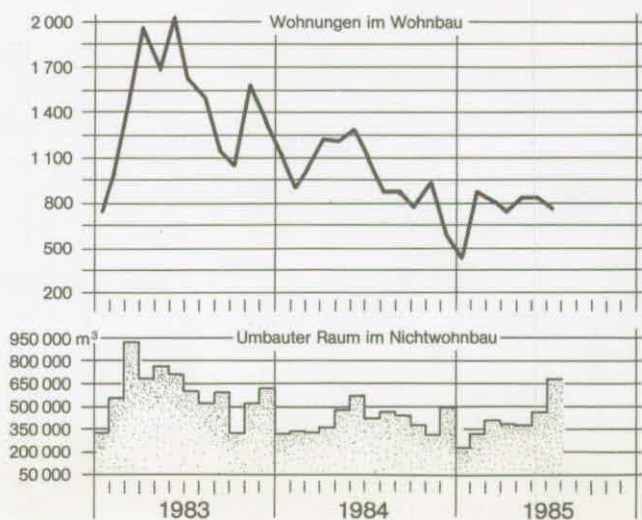
darunter Nahrungs- und Genußmittelgewerbe*



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



* Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

